

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbefreiung. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonntagabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. Oktober 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesanzeigen 20 Pf., die fünfzeilige Zeile; Anzeigen- und alle sonstigen Reklamen 60 Pf. die Zeile. Rabatt nicht annehmbar.

Nr. 124

Neubestellungen auf den „Korr.“ sind zu jedem Monatsersten zulässig + nur Postbefreiung + Kreuz Erhöhung des alten Abonnementspreis von 22 Pf. monatlich, 44 Pf. zweimonatlich, 65 Pf. vierteljährlich. Man bestelle den „Korr.“ sofort bei der nächsten Postanstalt!

Die Einigung der Arbeiterschaft

Aber die Einigung der Arbeiterschaft ist in der letzten Zeit mehrfach geschrieben und gesprochen worden. Es ist ja auch die Frage, die jeden wirklichen Freund der Arbeiterklasse wohl am meisten bewegt.

Was ist eigentlich der Grund der Uneinigkeit? In der Hauptsache der Gegensatz von Demokratie und Diktatur. Verhört wird der Kampf, weil eine sozialistische Partei mit in der Regierung sitzt, während die beiden andern in der Opposition zu dieser Regierung stehen. Dazu kommen nun allerdings noch andre, sehr traurige Erscheinungen, die den Kampf so gebieterisch machen: Das ist die Sehnacht nach der Futterkrippe bei vielen Führern, Eifersüchtelei und persönliche Feindschaft. Bei vielen Geführten aber Urteilslosigkeit, Unwissenheit und Gleichgültigkeit.

Nun leistet ja freilich auch eine Anzahl Parteizellungen ganz Hervorragendes in Gehässigkeit gegen die Bruderparteien. Da ist es kein Wunder, wenn diejenigen, die erst in neuerer Zeit politisch aufgerollt wurden und sich einer sozialistischen Partei anschlossen, in den andern sozialistischen Parteien den größten Feind sehen.

Das merkt man so richtig in Gewerkschaftsversammlungen. Ich habe beobachtet können, daß sogar bei uns Buchdruckern Versammlungen, in denen kein Tagesordnungspunkt eine Reibungsfläche bot, von nicht wenigen Kollegen vorzeitig verlassen wurden mit dem Bemerkten, daß „nichts los“ wäre; während Versammlungen, in denen zwar nichts Praktisches gesehelt wurde, aber „was los“ war, bis zuletzt überfüllt waren.

Ist denn aber eine Einigung möglich? Eine Verschmelzung der drei sozialistischen Parteien ist nach meiner Ansicht ausgeschlossen. Ebenfalls ist es ausgeschlossen, daß eine Partei die andre vollständig in sich aufsaugt. Aber eine Annäherung der beiden sozialdemokratischen Parteien müßte möglich sein. Und jeder, der die Einigung am Herzen liegt, sollte mithelfen, daß sich die beiden Parteien wenigstens erst nähern.

Was können wir dabei tun? Vor allem dürfen wir nicht in jeder Gewerkschafts- oder Betriebsversammlung über die beste Regierungsform heruntreiben, sondern in jeder Versammlung nur die Fragen behandeln, die wirklich dort hingehören. Jeder Versammlungsredner sollte sich der strengsten Sachlichkeit befleißigen und jede persönlich-gezügliche Rede-wendung vermeiden, selbst auf die Gefahr hin, daß er bei gewissen Leuten keinen Beifall findet. Der Versammlungsbesucher sollte mit dem besten Vorbehalt in die Versammlung gehen, jeden Redner aufmerksam bis zum Schluß anzuhören, um vor einer Abstimmung alle Gründe für und wider ruhig vernommen zu haben.

Dann möchte ich noch manchem Kollegen raten, in der Zeitung nicht bloß die gebräuchlichen Notizen über die andre Partei zu lesen, sondern sie am besten zu überpringen, dafür aber um so aufmerksamer unterrichtende Artikel, wenn möglich von mehreren Parteien bzw. in Arbeiterblättern aller Richtungen.

Dann müssen wir alle einsehen lernen, daß es uns verflucht wenig nützt, wenn einmal diese, einmal jene Partei Mitglieder aus der Bruderpartei zu sich herüberzieht, daß die Arbeiterschaft gar nichts davon hat, ob dieser oder jener Ortsverein zu dieser oder jener Richtung übergetreten ist. Aber daß es einen gemeinsamen Feind gibt, der seine helle Freude hat, wenn wir uns die Köpfe gegenseitig einschlagen und der nichts mehr fürchtet als die Einigkeit der Arbeiterschaft, das sollte jeder Arbeiter wissen und dieses Wissen entsprechend bekunden.

Denk! daran, Kollegen, wenn es wieder ein Verbandsmitglied wegen sollte, in politischer Verblendung zum Austritt aus dem Verband aufzufordern in einer Verbandsversammlung.

Leipzig.

Franz Winkelmann.

An die Kollegen des Gaues Bayern!

Nach einem Verbandsvorstandszirkular wird sich die für Monat Mai 1920 in Aussicht genommene Generalversammlung unseres Verbandes auch mit der Frage einer Gauneinteilung zu befassen haben. Angeregt durch eine Anfrage einer nordbayerischen Mitgliedschaft, wie sich Nürnberg zur Frage der Teilung des Gaues Bayern stellt, nahm die Vorstandschef der Mitgliedschaft Nürnberg in ihrer Sitzung vom 14. Oktober hierzu Stellung. Nach eingehender Aussprache, in der das Für und Wider von allen Seiten beleuchtet wurde, kam die Vorstandschef zu dem einstimmigen Beschlusse, die Teilung des Gaues Bayern den bayerischen Verbandsmitgliedern zur Diskussion zu unterbreiten bzw. zu empfehlen.

Die Gründe hierfür sind mannigfacher Art, liegen jedoch keineswegs in Personen verankert. Wenn man die Karte von Bayern zur Hand nimmt, wird man den Hauptgrund gleich in der überaus ungünstigen geographischen Lage Münchens — ganz im Süden des Landes — entdecken. Von jeder war das Verlangen nach vermehrter mündlicher Agitation und Unterrichtung der Kollegen des Gaues besonders im Norden lebendig. Bereits im Jahre 1904 plädierte Kollege Weismid (Nürnberg) in einem „Korr.“-Artikel für die Verlegung des Gauvorortes von München nach Nürnberg; ein dahingehender Antrag wurde vom Gauare damals abgelehnt. Begründet war er u. a. auch mit mangelhafter Agitation, worunter besonders Nordbayern mit seinen vielen kleinen und mittleren Industriezentren zu leiden hatte und — heute noch leidet. Daß aber eine vermehrte persönliche Sühlnahme mit den Kollegen draußen im Lande, wofür man in München an maßgebender Stelle nicht immer die Notwendigkeit erkannte, Maß greifen muß, wird von allen mit den Verhältnissen vertrauten Kollegen betont. „Haben Sie eine Ahnung, was man in kleinen Druckorten für Löhne zahlt? Von Feueranzugulagen ist sehr wenig zu sehen. Väterschen (der Gauvorfeher) ist eben weit entfernt, und die Kollegen allein sind nicht instand, etwas zu tun. Es ist aber Aussicht vorhanden, wenn das Tätigkeitsfeld eines Gauvorfehers etwas kleiner wird, daher mehr Gründlichkeit eintreten wird.“ So schreibt uns ein oberfränkischer Ortsvereinsvorsitzender. Sehr richtig bemerkte auch die „Korr.“-Redaktion in Nr. 97 vom 26. August gelegentlich der Besprechung des Verbandsjahresberichts über 1918, „daß unsere Organisation noch nicht so in die kleinsten Provinz- und kleinen Landorte eingedrungen ist, wie es in der allgemeinen Annahme besteht“. Es wird dann betont, „daß der Verband noch viel zu tun hat, um in seiner ortsweisen Ausbreitung den tatsächlichen Verhältnissen näher zu kommen“.

Diese kritisierten Verhältnisse bestehen im Gau Bayern, besonders Nordbayern, bis aufs Näpfechen über dem i, sie lassen sich aber nur beseitigen durch Teilung desselben in einen Gau Südbayern mit dem Sitz in München und in einen Gau Nordbayern mit dem Sitz in Nürnberg, wobei die Donau die Grenzlinie bilden könnte. Dem Gau Nordbayern würde dabei allerdings in agitatorischen Aufgaben die Hauptarbeit aufgebau werden. Daß in Bayern noch sehr viel Pionierarbeit für den Verband und den Tarif zu leisten ist, dafür zeugt auch eine Auslassung des feinerzeitigen Provinzpalastkreisvertreter J. B. Groß in Nr. 2 der „Mitteilungen des Kreises V (Bayern) des Deutschen Buchdruckervereins“ vom Februar 1919. Er schreibt da:

Schwere Klagen laufen bei mir ein über die durch übermäßige Einstellung von Lehrlingen in vielen Druckereien in Bayern gestifteten Mißstände. Es sind mir eine ganze Reihe von Fällen namhaft gemacht, bei denen, um Beispiele anzuführen, auf 2 Gebillen 4 Lehrlinge, auf 6 Gebillen 7 Lehrlinge, auf 0 Gebillen 4 Lehrlinge, auf 1 Gebillen 8 Lehrlinge! u. a. m. eingestellt sein sollen. War schon die Lehrlingsausbildung innerhalb der Zeit des Krieges eine höchst mangelhafte, so müssen Zustände, wie die bei mir zur Anzeige gelangten, von deren Richtigkeit ich mich sofort überzeugen werde, geradezu als verwerflich bezeichnet werden. Wohin soll unser Gewerbe gelangen, wenn derartige Zustände sich einbürgern würden! Es wird nicht nur Aufgabe der Tarifinstanzen sein, gegen diese Lehrlingszuchtereien mit allem Nachdruck einzuschreiten, auch Regierung und Handwerkskammern müssen veranlaßt werden, nach dem Rechten zu schauen, wollen wir nicht Gefahr laufen, daß

unser Gewerbe, das sowieso notleidend geworden ist, ausgrunde gerichtet wird.

München liegt geographisch ungünstig und die Bahnverbindung in die nicht an der Hauptverkehrsader liegenden Hinterländer ist schlecht infolge der vielen Abzweigungen und unklaren Anschlüsse, und daher auch ungemein zeitraubend. An und für sich dürfte der Gau Bayern im Verbands der Deutschen Buchdrucker räumlich der größte sein. Durch die miserablen Verkehrsverhältnisse und die räumliche Ausdehnung des Gaues wurde die Agitation bis jetzt ganz bedeutend erschwert, zum Teil sogar unmöglich gemacht. Eine jährlich mehrmalige intensive Durcharbeitung des ganzen Gaues ist aber sehr vorzuziehen — nicht nur bei besonderen Organisations- oder tariflichen Anlässen —, um das Interesse an der Organisation bei den abseits liegenden kleinen Ortsgruppen zu wecken und zu heben, den Mitgliedern persönlich näher zu treten und sie so zugänglicher zu machen für eine ungeschminkte Klarstellung der organisatorischen und tariflichen Verhältnisse in ihren weltabgelegenen Druckorten. Da dies zu aufreibend für einen Mann und von München aus auch zu kostspielig für den Gau ist, wäre eine Zerteilung des Gaues für die Kollegen von größtem Vorteil. Als wichtiges Argument kommt noch hinzu, daß die „Provinz“ nicht früher unterrichtet werden darf, die nicht die Münchner Mitgliedschaft ihr Bestes abzugeben hat.

Diese Verhältnisse sind, wie gesagt, unhaltbar. Es muß eine Änderung eintreten. Die Kollegen in den äußersten Winkeln des Landes haben nicht nur das gleiche Recht auf Unterrichtung und Aufklärung in allen Dingen organisatorischer und tariflicher Natur wie die Kollegen Münchens, sondern sie sind deren auch weit bedürftiger. Daß die schriftliche Unterweisung allein nicht genügt, weiß jeder Kollege, der sich mit Agitation befaßt hat. Da aber die beregten Mißstände sich unter den jetzigen Verhältnissen nicht beseitigen lassen, bleibt — da eine Zerteilung für Bayern nicht in Frage kommt — nichts andres übrig, als eine Teilung des Gaues anzustreben.

Wir unterbreiten die Angelegenheit hiermit der Kollegenchaft des Gaues Bayern und ersuchen sie, ebenfalls wie wir das Für und Wider zu prüfen, um eine klare Stellungnahme auf dem der Verbandsgeneralversammlung vorausgehenden Gaueingangsbesprechungen, Alles Persönliche hat bei der Frage auszuschließen, nur das Sachliche soll zum Nutzen unserer Organisation und des Gaues erörtert und geprüft werden, damit für die Kollegenchaft Gutes daraus entspringt.

Die Vorstandschef der Mitgliedschaft Nürnberg.
J. A. Gustav Weismid.

Aus dem Organisations- und Berufsleben im graphischen Gewerbe

Die Lage der Faktoren und die Vertragsgemeinschaft

Die auf den 12. Oktober nach Frankfurt a. M. von der Freien Faktorenvereinigung für den Tarifkreis III und vom Kreise III des Faktorenbundes einberufene Allgemeine Faktorenerversammlung war, wie nicht anders zu erwarten war, sehr zahlreich besucht. Auf der Tagesordnung stand das zwischen den beiden Verbänden vereinbarte Thema: „Die Lage der Faktoren und die Vertragsgemeinschaft“.

Die Versammlung wurde von dem Kollegen Diegel mit Begrüßungsworten eröffnet. Nach der Wahl des Bureaus erhielt als Referent für die Vertragsgemeinschaft Kollege Ruhn das Wort. Zu Beginn seines Referats wies er aus, daß er nicht in dieselbe Kerbe bauen wolle wie der Berichterstatter des „Korr.“ über die Versammlung der Verbandsfaktoren vom 7. September. Dieser Bericht wie auch die verschiedenen Artikel im „Korr.“, die im Laufe dieses Sommers erschienen sind, hatten es ihm besonders angehen. Er blieb sich selbst nicht treu, indem er nicht nur über den letzten Artikel schimpfte, sondern über den Verband im allgemeinen und über die Faktoren, die noch im Verbands sind, im besonderen herfiel. Seiner Meinung nach sei es ein Unbild für einen Faktor, Verbandsmitglied zu sein. (Dabei waren mindestens drei Viertel der Anwesenden Verbandsmitglieder!) Nach seiner Meinung bleiben nur deshalb so viele Faktoren im Verbands, weil sie eventuell wieder die Gehilfenlaufbahn einschlagen müssen. (Eine Annahme, die jeder einsichtige Faktor als richtig anerkennen wird.) Der Verband habe nicht das Recht, in die Geschäfte des Faktorenbundes

blinzeln zu sprechen. Nur ganz freie und neutrale Faktoren könnten vorwärts kommen. Aus diesen und ähnlichen Ausführungen bestand der Vorschlag über die Vertragsgemeinschaft. Zum Schluß meinte der Redner, die Vertragsgemeinschaft könnte eventuell unter Wahrung der Selbstständigkeit in die Tarifgemeinschaft übergeführt werden. Über das müßte er sich noch ganz entschieden verhalten, daß der Faktorenbund eine große Gewährlichkeit sei. In unsern Kampf sollte der Kaufmannschaft gelten, die sich in unserm Gewerbe breit mache, und nicht der Selbstverleugung.

Als Korrespondent führte Kollege Hohmann von der Freien Faktorenbundvereinigung aus, daß auch wir keine Zersplitterung wollten; wir wollten alle Kräfte zusammenfassen, um gegen die Vertragsgemeinschaft Sturm zu laufen. Häufig sah der Faktorenbund schon lange auf den Standpunkt gestellt, daß die Vertragsgemeinschaft nicht das sei, für das sie geschaffen wurde, so wäre es nicht notwendig gewesen, die Freie Faktorenbundvereinigung zu gründen. Daß die Vertragsgemeinschaft verwinden müsse, dafür sei in Süddeutschland schon lange eine Bewegung vorhanden gewesen. Die Freie Faktorenbundvereinigung lasse nicht locker, bis aus der Vertragsgemeinschaft eine Tarifgemeinschaft geworden sei. Als Stempelorganisation wollten wir gehen und dadurch unsere Lage bessern und nicht durch Gleichen und Willen. Des Nachts zu fordern, stünde auch den Faktoren zu. Er sei der Meinung, daß, wenn es ginge, auch der Verband den Faktoren gegenüber voll und ganz seine Pflicht tun würde. Um eine Verbindung des Faktorenbundes herbeizuführen, müßten sich aber in erster Linie die Faktoren selbst rühren. Er forderte zum Schluß alle Verbandsfaktoren auf, als Mitglied der Freien Faktorenbundvereinigung beizutreten, die die einzig richtige Organisationsform sei.

Als erster Redner in der Diskussion nahm der Vorsitzende der Freien Faktorenbundvereinigung, Kollege Schlotterbeck, das Wort. Er sah das Kollege Ruhen über die Vertragsgemeinschaft gesprochen habe, hätte er drei Viertelstunden auf den Verband und die Verbandsfaktoren geschimpft. Er sagte: Weg mit der Vertragsgemeinschaft, die in ihrer heutigen Gestalt nichts anderes sei als eine zwischen den Führern des Faktorenbundes und dem Vorstande des Deutschen Buchdruckervereins geschlossene Mißgeburt! Die Vertragsgemeinschaft lehne sich auf sechs Paragraphen zusammen, aber in keinem einzigen habe etwas von einer Besserstellung in bezug auf Lohn bzw. Gehalt usw. Viele Prinzipale schelten überhaupt noch keine Kennnis davon zu haben, daß eine Vertragsgemeinschaft existiere, und wenn sie es wüßten, so hielten sie sich doch nicht daran, was ganz besonders bei den Feuerzungen in die Erscheinung getreten sei, denn viele Kollegen erblickten diese nicht in der Höhe, wie sie für die Faktoren angelegt seien. Stünde an Stelle der Vertragsgemeinschaft die Tarifgemeinschaft, so wären die Faktoren weit besser gestellt. Nur mit dem Verband könnten die Faktoren etwas erreichen; mit Hilfe des Faktorenbundes seien sie macht- und rechtslos. Deshalb hielten in die Freie Faktorenbundvereinigung, die nicht billen, sondern fordern werde! Wenn Kollege Ruhen meine, ein Faktor könne kein Verbandsmittglied sein, so sage er ihm, daß, wer nach dem Grundsatze „Tue recht und scheue niemand“ verfähre, sehr wohl Mitglied des Verbandes sein könne, ohne seine Pflichten gegenüber dem Geschäft zu verletzen. Man verlange oft von dem Faktor den Austritt aus dem Verbande, das habe aber nur den Zweck, um ihn zu kofieren und schließlich zu machen. Was dem Prinzipal recht sei, wäre dem Faktor billig. Der Prinzipal organisiere sich im DDBV oder im Arbeitgeberverbänden, im Zeitungsverlegerverband oder neustens noch im Arbeitgeberverbände für das Zeitungsverlegergewerbe, warum solle der Faktor sich nicht organisieren, wo er wolle? Wir sind der Meinung, daß kein Prinzipal das Recht habe, nach der Organisationszugehörigkeit des Faktors zu fragen. Dies hätte unbedingt in erster Linie in der Vertragsgemeinschaft zum Ausdruck kommen müssen oder zum mindesten in dem Normalanstellungsverträge. Mit diesem Anstellungsverträge sei es auch zu eine Sache. Den Vertrag, den der Prinzipal vorlege, könne der Faktor nicht unterzeichnen und umgekehrt unterzeichne der Prinzipal den nicht, den ihm der Faktor vorlege. Um einen Vertrag zu machen, habe man früher die Vertragsgemeinschaft nicht gebraucht und brauche sie heute noch nicht. Wir verlangen unbedingt eine Revision der Vertragsgemeinschaft, die zur Tarifgemeinschaft führen müsse. Würde die große Mehrheit der Faktoren ihren Standesbündel fallen lassen und mehr Standesbewußtsein zur Schau tragen, so würde es um den Faktorenbund weit besser bestellt sein. Die Faktoren würden sich in keiner Weise etwas vergeben, wenn sie noch gewerkschaftlich fühlten und sich als Spezialorganisation dem Verband anschließen. Nur durch die Masse wären sie eine Macht, durch Sonderbündel dagegen machtlos. Zum Schluß schlug Redner nachstehende Resolution vor:

Die am 12. Oktober 1919 in Frankfurt a. M. tagende Allgemeine Faktorenbundversammlung ist einseitig der Ansicht, daß die zwischen dem Deutschen Faktorenbund und dem Deutschen Buchdruckerverein abgeschlossene Vertragsgemeinschaft den Faktoren nicht das gebracht hat, was für sie vor allen Dingen nöthig ist. Sie protestiert ganz entschieden gegen den fernerzeit einseitig zustande gekommenen Vertrag, der der Allgemeinheit in keiner Weise Rechnung trägt. Die Faktoren haben durch diesen Vertrag lediglich Pflichten auferlegt erhalten, während die Gegenseite sich von diesen befreit hat. Um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen und beiden Seiten gerecht zu werden, fordern wir unbedingt die Aufnahme von „Sonderbestimmungen für die Faktoren“ in den Tarif der Deutschen Buchdrucker. Damit dieses erreicht wird, verlangt die Versammlung, da der jetzt gültige und unter Vorbehalt aufzustand

gekommene Vertrag noch bis 1923 läuft, eine Revision desselben, die sobald als möglich stattfinden muß. Das Recht, an dem Abschluß dieser Sonderbestimmungen mitzuwirken, haben die Vertreter derjenigen Faktorenbundorganisationen, die dafür in Betracht kommen. Jedoch ist Bedingung, daß die dafür anzuerkennenden Vertreter auch wirklich im Bunde läufige Faktoren sind.

Die „Sonderbestimmungen für die Faktoren“ sind unbedingt dem Tarif der Deutschen Buchdrucker als Anhang beizufügen.

Kollege Gaults traf Ruhen ebenfalls entgegen, der auf die Faktoren, die Verbandsmittglieder seien, gewissermaßen geschimpft habe. Auch als Verbandsmittglied könne man geschäftlich seine Pflicht voll und ganz erfüllen. Kollege Ober (Ulmburg) äußerte sich erkant über die Verhältnisse unter den Faktoren in der Großstadt. Auch er sei der Meinung, daß ein Faktor, der Verbandsmittglied ist, seinen Mann stellen werde. Die Fortführung der Gehälter für die Faktoren wäre eine schöne Sache, er glaube jedoch nicht an ihre Durchführbarkeit. Kollege Hiescher (Offenbach) meinte, Ruhen habe in richtigem Beamtenbündel gesprochen. Die Faktoren müßten die Zeit genau so wie die Gehilfen begreifen. Wer hätte früher an einen Bankbeamtenstreik gedacht! Durch den Bund könne keine Besserung der Lage der Faktoren erfolgen, denn der Geist innerhalb des Faktorenbundes sei dem im Wege, auch hätten sie an diesem keinen Antheil. Der Faktor dürfe nicht vorgeliebt sein. Kollege Diegel, Kreisvorsitzender des Faktorenbundes, verlas ein Schreiben aus Pöplinger Prinzipalstreifen über alle und durchzubehaltende Faktoren. Mit Entrüstung nahm die Versammlung davon Kenntnis. Kollege Sauben (Stasselt) freute sich über den zahlreichen Beifall der Verammlung; früher sei das nicht so gewesen. Man sei nicht so ohne weiteres in die Vertragsgemeinschaft hineingegangen. Man solle erst abwarten, was uns dieselbe bringe. Auch die Tarifgemeinschaft liege auf schwankendem Boden. Im Bunde habe der Faktor doch einen Antheil. Kollege Braum vom Frankfurter Bezirksvorstande des Verbandes wandte sich gegen den Geist im Faktorenbunde. Faktoren mit dem vom Kollegen Schlotterbeck angeführten Grundsatze „Tue recht und scheue niemand“ könnten ihrer Pflicht nachkommen, ob sie Verbandsmittglieder wären oder nicht. Er begrüße die Gründung der Freien Faktorenbundvereinigung und wünsche ihren Siegeslauf über ganz Deutschland. Am besten könnten wir nur durch Angliederung an die Tarifgemeinschaft vorwärts kommen. Kollege Höbner meinte ebenfalls, daß Ruhen betreffs seines Ausspruchs über die Verbandsfaktoren weit über das Ziel hinausgeschossen habe. Unser Hauptkampf müßte den sich in unserm Gewerbe breitmachenden Kaufleuten gelten. Kollege Wacker: Es gäbe genug Mitglieder bei den Faktoren, die sich nicht selbst häßlich hätten. In welche Lage komme der Faktor durch des Betriebsrätigelei? Gewerkschaftsmittglied Hoffmann: Der Verband werde sich in jedem Fall auch hinter die Faktoren stellen. Die Tarifgemeinschaft würde für die Faktoren auch ohne den Bund kommen. In Frankfurt seien grobe Geschäfte, die von Sachleuten und nicht von Kaufleuten geführt würden, und trotzdem hätten Unterbteilungen vor. Auf eine Anfrage führte Kollege Schlotterbeck aus, daß die Freie Vereinigung in erster Linie den rücksichtslosigen Geist des Faktorenbundes bekämpfe. Sei der Bund bereit, für die gleichen Forderungen wie sie zu kämpfen, so könne eine Zusammenarbeit nur von Nutzen sein. Kollege Ober erwähnte, daß schon vor zehn Jahren eine Bewegung eingeleitet habe, die bezwecke, alle Verbandsfaktoren auszuscheiden. Kollege Winkel stellte die Frage: Wie befehlen wir die Tarifgemeinschaft? Beide Vereinigungen müßten diebezüglich geschlossen an die Prinzipale herantreten. Kollege Winkel wunderte sich darüber, daß die Faktorenbundvereinigung nicht nur um 60 Mk. erhöht wurde, während die Maschinenleher eine solche von 65 Mk. erhalten. Der Faktor müßte mindestens ebensoviel wie die bekommen.

Da Schluß beantragt und beschlossen wurde, so erhielten nur noch die beiden Referenten das Wort. Kollege Ruhen hätte vorausgesetzt, daß er mit seinen Ausführungen von vielen Seiten bekämpft würde. Schon lange vor andern sei er für die Tarifgemeinschaft eingetreten. Er könne nicht begreifen, daß Worte wie Nadergehörig gefallen seien. Kollege Hohmann will endlich Taten sehen. Wir sollten nicht warten bis 1923, sondern jetzt müßte etwas geschahen werden. Er forderte die Anwesenden auf, die vom Kollegen Schlotterbeck gestellte Resolution anzunehmen. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde diese Resolution gegen nur sieben Stimmen angenommen. Kollege Gaults schloß jedoch mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker die Versammlung. Sch-ck.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Erst nachträglich erfahren wir aus einer Dankagung im Wiener „Vorwärts“, daß Kollege Joseph Dvoracek, der langjährige Sekretär unseres österreichischen Bundesverbandes, Mitte Oktober sein großes Berufs-Jubiläum beging. Mannigfache Ehrungen wurden dem um die Entwicklung der österreichischen Organikation sehr verdienten Mann aus seinen Kollegenkreisen bereitet. Auch wir drücken dem Veteranen der Arbeit im Geste die Hand und wünschen ihm Gesundheit und Kraft zur Bewältigung der wichtigen Aufgaben, die ihm die österreichische Kollegenchaft vertrauensvoll übertragen hat.

Schweden. Die Gehilfen der Sektion Chaux- und Fonds-De-Loche haben sich mit dem Alldorfer Abkommen betreffs der

neuen Lohnregulierung nicht einverstanden erklärt und haben neue Forderungen an die Prinzipale gestellt, die diese unter Verletzung auf die Gehilfen des Berufs-Jubiläum abgelehnt haben. Das Central-Komitee des Verbandes stellte sich gleichfalls auf den Boden der Verurteilung und der Verbandsstatuten; jedenfalls von der richtigen Ansicht ausgehend, daß es nicht angehe, daß jeder Gehilfen ohne weiteres die Beschlüsse des Berufs-Jubiläum misachte. Da die Gehilfen trotzdem ihre Solidarität eingeleitet und die Arbeit niedergelassen hatten, kam die Sache vor das Einigungsamt. Dieses hat am 13. Oktober getagt und einen die Gehilfen ins Unrecht setzenden Entschluß gefaßt, dahingehend, daß die Sektion Chaux- und Fonds-De-Loche des Syngraphenbundes verpflichtet wird, unverzüglich die Arbeit wieder aufzunehmen, da die eingeleitete Solidarität eine schwere Verletzung der Alldorfer Vereinbarung und damit der Berufsordnung darstelle. Sollte die Arbeit nicht bis spätestens Dienstag, den 14. Oktober, mittags, wieder aufgenommen worden sein, so sind die „sehzbaren“ Gehilfen bis auf weiteres als nicht berufstreu erklärt und dürfen von keiner berufstreu Firma beschäftigt werden. Die Arbeitsnachweise werden angewiesen, in diesem Falle für Ersatz zu sorgen. Mit der Nichtberufstreuenerklärung der Gehilfen von Chaux- und Fonds-De-Loche ist als unausbleibliche Folge deren Ausschluss aus dem Syngraphenbunde verbunden. Die Nichtberufstreuenerklärung der sehzbaren Gehilfen kann vom Vorstande des Einigungsamts ausgesprochen werden, aber nur gegen eine Gebühr von 50 Kr. für jeden Gehilfen.

Nach Mitteilungen der Schweizerischen Tagespresse ist die Gehilfenchaft in La-Chaux-de-Fonds und Le Locle dem Entschlusse des Einigungsamts in Oten vom 13. Oktober restlos nachgegeben und hat die Arbeit am 14. Oktober, nachmittags 2 Uhr, wieder aufgenommen. Am 11. Oktober hielt an der Wiege des Schweizerischen Buchdruckers in Basel, der Schweizerische Buchdruckerverein (Prinzipalverein) seine 50. Generalversammlung ab. An der Versammlung nahm auch der einzige noch lebende Gründer des Buchdruckervereins teil, Herr Jolliker-Wirb aus St. Gallen, ein Buchdrucker von altem Schrot und Korn. Außer der Statutenrevision gab das Verhältnis zwischen den Schweizerischen Papierfabrikanten und den Buchdruckern Anlaß zu einer Aussprache. An die Tagung schloß sich eine Jubiläumfeier sowie ein Festbankett.

Die Konditionstosenziffer bewegt sich wieder in aufsteigender Linie und beträgt jetzt bereits 249, worunter 117 Sand-, 8 Maschinenleher, 116 Maschinenmeister.

Silbrowaker. Unter dem Titel „Syngrapha“ erscheint seit kurzem in Preßburg ein amtliches Organ der graphischen Berufe in der Slowakei, und zwar in drei Sprachen (Slowakisch, Ungarisch und Deutsch). Es soll das organisierte Bindeglied werden zwischen den einzelnen Kollegengruppen in der Slowakei. In einem Aufrufe des zur Wahrung der Organisationsinteressen eingesetzten Dreizehnerkomitees wird darauf hingewiesen, daß durch die Infolge der staatlichen Umwälzung herbeigeführte Abtrennung von der ungarischen Zentrale in Budapest bei vielen Kollegen das gewerkschaftliche Bewußtsein erlahmt sei. Das Restoren der Verbandsbeiträge sei zur Gewohnheit geworden. Der Aufruf schließt: „Kollegen der Slowakei! Wir müssen uns zusammenschließen, jedes geringe Mißtrauen muß aus unsern Reihen schwinden, jeder separatistische Gedanke unterdrückt werden, nur so wird es möglich, wieder zu erreichen, was wir schon befehlen haben, die Kraft, uns wirtschaftliche Positionen zu schaffen und die Sicherung unserer schon erworbenen Rechte in der Organisation.“

Schweden. Infolge des unbefriedigenden Ausgangs der Tarifbewegung ist es zu Unstimmigkeiten unter den Mitgliedern des schwedischen Verbandes gekommen. Nun hat eine Anzahl von Ortsvereinen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung gestellt. Der Antrag wurde vom Vorstand einer Abstimmung unterworfen.

Norwegen. Die am 23. September über alle Arbeiter der graphischen Berufe verhängte Ausperrung dauerte nur eine Woche. Am 29. September wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem wegen des Konflikt der Buchbinder, der von den Unternehmern zur Ursache der Ausperrung geltend gemacht wurde, ein schiedsrichterlicher Einigungsorschlag zur Annahme gelangt war. Der neue Tarif bringt den Buchbindern erhebliche Lohnaufbesserungen und Ferien. Die Setzungen in Afrika und verschiedenen andern Städten gingen, wie bereits von uns berichtet, durch Austritt aus dem Arbeitgeberverbande der drohenden Arbeitsentlassung aus dem Wege. In Bergen kam es zu Ausschreitungen, weil Faktoren usw. verurtheilt, eine sogenannte Normalsetzung, ein kleines gemeinsames Wochenblatt „Bergenske Fäll-sblade“, herauszubringen. Die von der Zentralorganisation der norwegischen Gewerkschaften angeordnete Verhinderung des Empfindlichkeits der gelanten Arbeiterchaft wurde infolge der Aufhebung der Ausperrung im graphischen Gewerbe nicht zur Tallache. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Gewerkschaft des norwegischen Arbeitgeberverbandes erfreulicherweise Schlußbruch gelitten hat infolge der musterhaften gewerkschaftlichen Disziplin der Arbeiter.

Der norwegische Verband hat den Beitrag um etwa 75 Proc. erhöht, hauptsächlich infolge der steigenden Ausgaben für die Krankenkasse.

Der Beschäftigungsstand im nordweilichen Buchdrucker- und Verlagswesen ist gegenwärtig ein guter, jedoch ist es wegen Wohnungsmangels unmöglich, ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen.

Holland. Der „Bredaer (wilde) Streik“ unter dem holländischen Buchdruckern, dessen Ursache und Verlauf in Nr. 112 ausführlich geschildert wurden, hat die Ver-

merksamkeit welter Kreise auf sich gezogen, besonders derjenigen, die im Kollektivvertrag einen wichtigen Faktor für die Lösung der sozialen Frage erblickten. Vom Vorlande des Niederländischen Typographenbundes erließen wir nachträglich noch einen Situationsbericht, aus dem wir das Wesentliche entnehmen. Ende 1913 wurde in Holland ein Kollektivvertrag geschlossen für die Dauer von drei Jahren, derselbe war gültig bis einschließlich zum 3. Januar 1917. Die Löhne wurden für die erste Lohnklasse folgendermaßen geregelt: Werkteller, Buchbinder und Expedienten 32 Cents (1 Cent = 8 M.) pro Stunde; Maschinenlehrer 26 Cents, Setzungslehre, Drucker, Galvaniseur und Stereotypenre 33 Cents. Arbeitszeit 9 1/2 Stunden täglich und 57 Stunden pro Woche. Es gab neun Lohnklassen, entsprechend der Bedeutung des Ortes oder seiner Entfernung von den großen Städten. Jede Klasse differierte um einen Cent, so daß also die Arbeiter der neunten Klasse ein Minimum von 24 Cents pro Stunde verdienen. Die Arbeitsdauer sowie die verschiedenen Rechte und Verpflichtungen waren für alle dieselben. Der Lohn wurde innerhalb zweieinhalb Jahren dreimal erhöht, so daß der Lohn eines gelernten Arbeiters der ersten Klasse 27,52 Gulden (1 Gulden = 8 M.) pro Woche war, und sein Arbeitslag 8 1/2 Stunden und 51 Stunden die Woche. Unter dem Druck der revolutionären Ereignisse im Inn- und Auslande bewilligte die Arbeitgeber zwei Herabsetzungen des Arbeitslags von je einer halben Stunde. Die letzte Lohnherabsetzung wurde im März dieses Jahres erlangt, und die Arbeitgeber bewilligten diese unter der Bedingung, daß vor Ablauf des Vertrags keine weitere Erhöhung mehr verlangt würde. Die Geschillen konnten diesen Vorschlag nicht annehmen, da weitere Erhöhungen doch schließlich von der Gestaltung der wirtschaftlichen Lage abhängen. Schließlich wurde von beiden Parteien vereinbart, daß nur infolge von außergewöhnlichen Umständen neue Erhöhungen beantragt werden könnten. Als man im März diese Vereinbarung schloß, schien es, als wenn alles stillger werden würde. Wirklich gingen im April und Mai die Presse verschiedener Mittelstufen herunter, aber in den folgenden Monaten gingen sie desto mehr heraus! Dazu kam noch, daß die Regierung, die bis dahin verschiedene Artikel vorkellte und deren Preis festsetzte, diese dem „freien Handel“ überließ, was, wie man sich denken kann, eine neue Erhöhung der Preise zur Folge hatte. Getrieben von der durch die Weltumstände eingetretenen Notwendigkeit verlangten die Geschillen eine ausnahmsweise Erhöhung. Suerst schlen es, daß diese Forderung Erfolg haben würde, aber als der Rat des Arbeitgeberbundes sich mit dem der Arbeitervereinigungen vereinigt hatte, um über diesen Gegenstand zu verhandeln, war es anders. Die Arbeitgeber verweigerten rundweg eine weitere Lohnherabsetzung. Eine ausnahmsweise Erhöhung, die als Abschlagszahlung für den neuen Vertrag vorgeschlagen wurde, hatte auch nicht mehr Aussicht auf Annahme bei den Arbeitgebern. Sie blieben bei ihrer Weigerung. Diese Weigerung legte das Feuer an das Pulverfaß, und bevor der Vorstand der Abteilung Amsterdams des Niederländischen Typographenbundes eingegriffen hatte, brach der Streik aus. Der Vorstand tat alles, was in seiner Macht stand, um die Ausbreitung des Konflikts zu verhindern. Auch die Arbeitgeber blieben nicht untätig und verlangten die Ausschließung der Streikenden aus dem Typographenbunde. Von ihrem Standpunkt aus. Aber die Vorstandsmitglieder können sich bei ihren Handlungen nicht allein von dem Formalen leiten lassen, daher verweigerten sie die Erfüllung des Verlangens, um so mehr, als in Wirklichkeit die Arbeitgeber die Schuld an den entstandenen Schwierigkeiten trugen. Ihre brutale Ablehnung einer begründeten Forderung hatte den Konflikt entseffelt. Die Arbeitgeber beantworteten die Weigerung mit der Drohung, ihre Druckerrollen für Mitglieder des Niederländischen Typographenbundes in ganz Holland zu schleifen. Das Merkwürdigste an der Angelegenheit war, daß der Typographenbund allein verantwortlich gemacht wurde, die andern drei Arbeiterorganisationen waren ungefähr ebenso „schuldig“. (Diese drei andern Organisationen zusammen sind indes viel schwächer als der Typographenbund; sie verbanden ihr Geschillen und ihr Wachstum dem berühmten holländischen Sechstergeleise.) Die Arbeitgeber gedachten durch ihre Drohung den großen und starken Typographenbund zu zermalmen. Das schickerte jedoch vollständig. Der Geist des Widerstandes wuchs im Gegenteil nur noch. Weiderseits suchte man nun eine Lösung. Man beschloß, sich an eine Schiedsgerichtskommission zu wenden, die feststellen sollte, ob die Lebensmittel, Bedarfsartikel usw. derart veräuert wären, um eine unvorhergesehene Lohnherabsetzung nötig zu machen. Die Kommission antwortete bejahend, und ernannte eine zweite Kommission, die das Maß der Erhöhung festzustellen beauftragt war. Die erste Kommission hatte vorerst gefordert, daß der Streik eingestellt werden sollte, welchem Verlangen entsprochen wurde. Die zweite Kommission wollte ihre Aufgabe nur im Angriff nehmen, wenn beide Parteien ihre Entscheidung im voraus als bindend annahmen. Eine Kaution von 10000 Gulden wurde von den Arbeitgebern verlangt und eine solche von 25000 Gulden vom Typographenbund. Unter dem Mittelgebern beider Parteien wurde eine Abstimmung darüber vorgenommen, und nach vielem Widerstand wurden diese Bedingungen angenommen. Zur Stunde hat die Kommission bestimmt, daß der Lohn erhöht wird. Die erste Klasse erhält eine Erhöhung von 3,50 Gulden pro Woche, die zweite von 3,40 Gulden und so weiter bis zur letzten Klasse, der neunten, die ein Minimum von 2 Gulden erhält, während die Verheirateten den besten Zuschlag erhalten wie die erste Klasse. Am 4. Oktober wurde der erhöhte Lohn erstmalig gezahlt. Das ist — kurz gefaßt — der Amsterdamer Streik und seine Lösung.

Größtfrankreich. In Nord Nordhelle alias Elfröd Harnsworth teilt England den mächtigsten Zeitungs-könig. Als Besitzer der sogenannten Nordhelle-Presse leitete der Genannte während des Weltkrieges in jahrelanger systematischer Heberbeit geradezu Angeheuerliches. Auch den gewaltigen, die gesamte organisierte Arbeiter-schaft interessierenden Streik der englischen Eisenbahner, der für diese bekanntlich ungünstig verlief, hat die berühmte Nordhelle-Presse durch verlogene Berichte zu schädigen gewußt. In Solidaritätsbezeugung mit den Streikenden richtete das gesamte Scherpersonal der Nordhelle-Presse ein Protestschreiben an den Lord Northcliffe. Darau erwiderte der millionenschwere Zeitungshäuptling, daß die Haltung seiner Zeitungen unparteiisch war und fügte hinzu, daß er viel lieber alle seine Zeitungen nicht mehr erscheinen lasse, als daß er zugebe, daß ihm von irgendeiner Körperschaft von Arbeitern diktiert werden soll. Leider ist uns nicht bekannt geworden, welche Antwort die englischen Kollegen dem profanen „Herrn im Saule“ gegeben haben. Im Interesse der wachsenden Völkerverständigung wäre es kein Unglück, wenn die Sehe der Nordhelle-Presse unterbunden würde.

Verunglückte Staaten von Nordamerika. Die belgischen Buchdrucker lehnten es bekanntlich ab, am internationalen Kongress in Luzern teilzunehmen. Als Begründung dafür führten sie die schredlichen, am belgischen Volke von deutschen Soldaten begangenen Missetaten an. Die belgischen Arbeiter hätten zuweilen ihre Mitglieder aus den deutschen Arbeitern vorgezogen, um der Milderung und Vererbung zu entgegen, aber selbst dieser Appell an den Edelmut der deutschen Eindringlinge hätte keine Milderung des Schicksals der belgischen Genossen zur Folge gehabt. Demgegenüber berichtet die amerikanische „Buchdruckerzeitung“ in ihrer vorletzten Nummer über einen Fall, der das direkte Gegenteil jenes „Sünnenbarbarismus“ darstellt, wie er nach Meldungen englandfreundlicher amerikanischer Presseorgane in Deutschland während des Krieges gang und gäbe gewesen sein soll. Kollege Charles C. Day, der Sekretär der Typographical Union Nr. 571 in Chidasha (Oklahoma), teilte in der Monatszeitschrift der Buchdrucker-vereinigung des Missouriates, unlängst folgendes mit: „George Dismukes, ein Mitglied der Chidasha-Union, das sich im Kriegsdienst befand, wurde schwer verwundet und von den Deutschen gefangenengenommen. Seine Mitgliedschaft der International Typographical Union wurde von einem deutschen Buchdrucker erkannt, der dafür sorgte, daß George prompt in Obhut genommen wurde und gute Pflege erhielt, bis er nach Unterzeichnung des Friedensvertrags nach einem amerikanischen Spital überführt werden konnte. Drei Operationen wurden vorgenommen, um Dismukes Arm zu retten, und er wird wahrscheinlich noch verschiedene Monate im Spital verbleiben müssen.“

Aus dem Inballe der letzten uns zugegangenen Nummern der amerikanischen „Buchdruckerzeitung“ möchten wir dem bereits in Nr. 120 Mitgeteilten noch etwas Allgemeininteressierendes über Ernährungsfragen nachtragen. Im Monat Juli erschien folgende Anzeige in den Indianapoliter Zeitungen: „Der Krieg ist vorbei und alle Beschränkungen des Fleischgenusses sind aufgehoben. Nun könnt Ihr mit rubigem Gewissen so viel Fleisch essen wie Ihr wollt — Rindfleisch, Hammelfleisch, Kalbfleisch — dreimal den Tag, wenn Ihr es wünscht. Ihr habt Euch vorzüglich gehalten; Ihr habt den Krieg dadurch gewonnen, daß Ihr Euch den Genuß von Fleisch verweigert und in Dutzenden von andern Wegen gehollt habt. Aber Ihr braucht Euch nun nicht mehr einzuschränken, es ist vorüber da drüben („over there“) für immer. Die meisten der Krieger sind zurück an die Arbeit, der Bedarf an Fleisch für die Armee ist kein drückender mehr. England und andre europäische Länder brauchen sich nicht mehr allein auf uns zu verlassen. Schon seit Beginn des Krieges haben die amerikanischen Züchter von Schlachttvieh so viel mehr deselben aufgezogen, daß es für alle langt. Daher geht zurück zu Eurem Fleisch und laßt es Euch gut schmecken.“ Zu dieser Anzeige, die den Vermerk „Verfüglichkeit von der American Meat Packers Association“ trug, bemerkte der einsendende Kollege lakonisch, daß die Anerkennung, die diese Fleischhändler den Männern und Frauen der Arbeit ob ihrer Enthaltensamkeit während des Krieges zollen, außerordentlich grohmütig sei. Der enorme Tribut aber, den diese Männer und Frauen dem Truff der Fleischhändler und andern Wucherern für ihre Lebensmittel bezahlen müssen, sei jedoch am besten daraus ersichtlich, daß die Nahrungspreise laut offiziellen Statistiken in den letzten vier Jahren in Amerika um 88 Proz. gestiegen sind. Er fährt dann fort: „Für die königliche Erlaubnis, Rindfleisch, Hammelfleisch und Kalbfleisch dreimal den Tag essen zu dürfen, werden die amerikanischen Arbeiter den Fleischbaronen ganz lieber dankbar sein. Die von dem Schweinekrust erlassene Verordnung wird besonders auf diejenigen Arbeiter großen Eindruck machen, welche dieselben Löhne wie vor dem Krieg erhalten und welche diese Sorte von Aufmunterung während der letzten vier Jahre hören mußten.“ Danach scheint auch im freien Amerika das „Durchhalten“ in vielfacher Gestalt während des ganzen Krieges gepredigt zu sein, ohne daß eine bessere Entlohnung der Arbeiter die nötige Berücksichtigung gefunden hätte. Es ist eben in Amerika wie überall: Anruß und Gärung nach beendetem Weltkrieg bringen den Volkstrieß.

Neufuß a. d. D. gewählt. — In Potsdam wurde unser Bezirksvorsitzender Robert Wesenberg zum unbedenklichen Stadtrat gewählt.

Zur Geschickmachung der Tarifverträge. Über den Geschickmachung, der zur Geschickmachung eines Tarifvertrags führen kann sowie über die rechtliche Wirkung d'eler öffentlich-rechtlichen Verbindlichkeitserklärung für die davon erlassenen Verträge oder Erwerbsgruppen hat vor einiger Zeit der Arbeitersekretär Klees eine übersichtliche und leicht-verständliche Darstellung in der Tagespresse gegeben. Da diese Frage auch für unsern Tarifvertrag in letzter Zeit immer größere Bedeutung erlangt hat und außerdem manche Unklarheit herrscht, wollen wir die wichtigsten Punkte dieser Erklärung von Klees hier festhalten. Die Erklärung eines Vertrags zur allgemeinen Rechtsverbindlichkeit geschieht danach nur auf Antrag, den Vereinigungen, deren Mitglieder durch die Erklärung betroffen werden würden, beim Reichsarbeitsministerium stellen können. Das Reichsarbeitsministerium läßt den Antrag durch den „Deutschen Reichsanzeiger“ bekannt und bestimmt eine Frist, innerhalb deren Einwendungen erhoben werden können. Nach Ablauf der Frist entscheidet es endgültig über den Antrag. Gibt es ihm statt, so bestimmt es zugleich, mit welchem Zeitpunkt die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrags beginnt. Es kann auch ein Reichsarbeitsvertrag nur für ein bestimmtes Gebiet als rechtsverbindlich erklärt werden. Die allgemein verbindlichen Tarifverträge werden in ein jedem zum zugängliches Tarifregister eingetragen. Diese Eintragung wird im „Deutschen Reichsanzeiger“ bekanntgemacht. Außerdem kann jeder beteiligte Arbeitgeber oder Arbeitnehmer von den Vertragspartei einen Abbruch des Tarifvertrags gegen Erstattung der Kosten verlangen. Durch die Erklärung des Reichsarbeitsministeriums erlangen die vertraglich geschlossenen Tarifbestimmungen die Bedeutung eines allgemein verbindlichen Arbeitsrechts, das ohne Rücksicht auf den Willen der Beteiligten alle Arbeitsverträge erfasst, die räumlich und nach der Art der Arbeit unter den Tarifvertrag fallen. Bei allen diesen Arbeitsverträgen treten die allgemein verbindlichen Tarifbestimmungen mit der oben dargelegten unabdingbaren Kraft an die Stelle abweichender Vereinbarungen, wobei selbstverständlich bessere Verhältnisse für die Arbeiterschaft nicht verschlechtert werden, soweit die'se Tarife als Minimal- (wie bei uns) und nicht als Maximaltarife gelten. Das gilt auch für Betriebe, in denen Arbeiter verschiedener Erwerbszweige nebeneinander tätig sind. Ein allgemein gültiger Malerlarif würde z. B. auch für die in einer Wagenfabrik beschäftigten Maler gelten. Nur wenn auch ein Tarifvertrag für Wagenfabriken für allgemein verbindlich erklärt wäre, der gleichfalls die Arbeitsbedingungen für Maler regelte, würde dieser als für die Mehrheit der Beschäftigten dieses Betriebs verbindlich dem allgemeinen Malerlarif vorgehen. Die Rechtskraft einer Tarifvereinbarung kann nur die Wirkung haben, den Arbeitsvertrag, d. h. die gegenseitigen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zu regeln. Tarifbestimmungen, die andre Verhältnisse, etwa die Produktion oder den Absatz betreffen, verpflichten nach wie vor nur die tarifgebundenen Personen. Ein Zwang zur Organisation wird durch die Verordnung nicht ausgeübt. Ebenso wenig beschränkt die im Tarifverträge Bestehenden in ihrer Verfügungsmacht über den Vertrag. Diese Nichtbeschränkung der Verfügungsmacht über den Vertrag bedeutet die Möglichkeit, daß die Tarifurheber, also in unserm Falle die Organisation der Tarifgemeinschaft, jederzeit nach den tariflichen Bestimmungen das Recht hat, den gesetzlich anerkannten Tarif einer Revision oder Abänderung zu unterziehen und diese Veränderungen ebenfalls der rechtsgesetzlichen Rechtsverbindlichkeit zu unterstellen.

Arbeiterkontrollen bei der Gewerbeinspektion. Zum Arbeiterkontrollen bei der Gewerbeinspektion Altkenburg wurde Kollege Ernst Häntig berufen.

Ein Arbeiterferiengesetz in Deutsch-Osterreich. Am 21. August trat in Deutsch-Osterreich ein Gesetz in Kraft, durch das der gesamten industriellen Arbeiterschaft eine bestimmte alljährliche Erholungszeit bei voller Lohnzahlung garantiert wird. Es sichert den Arbeitern aller Betriebe, die der Gewerbeordnung unterliegen; dann jenen, die in einer vom Staat, einem Land, einer Gemeinde oder einer sonstigen Körperschaft betriebenen Unternehmung beschäftigt sind; schließlich den in den Betrieben der staatlichen Monopolverwaltung, in den Verkehrsunternehmungen, in den Unternehmungen öffentlicher Bewirtschaftungen und Echauffierungen beschäftigten Arbeitern und allen Vergaharbeitern einen ununterbrochenen bezahlten Urlaub von einer Woche in jedem Jahre dann zu, wenn ihr Dienstverhältnis schon ein Jahr gedauert hat, und von zwei Wochen, wenn es bereits zumindst 5 Jahre ununterbrochenen währte. Jugenblischen Arbeitern vor dem vollendeten 16. Lebensjahre gebührt der zweiwöchige Urlaub schon nach einjähriger Dauer des Dienstverhältnisses. Am den Unternehmern die etwaige Pflicht zu erkennen, vor Vollendung der genannten Altersfrist das Dienstverhältnis zu lösen, um den Urlaub nicht gewahren zu müssen, enthält das Gesetz eine Bestimmung, wonach, wenn bereits zehn Monate von jenem Jahre verstrichen sind, welches Anspruch auf die Gewährung des Urlaubs besteht, im Falle der Entlassung die für die Urlaubszeit fälligen Lohnbezüge dem Arbeiter zustehen. Im weltrem bestimmt das Gesetz, daß gewerkschaftliche Ansprüche durch Vereinbarung weder aufgehoben noch beschränkt werden können. Sinesen wird den Vereinsvereinigungen der Arbeiter und Unternehmern das Recht eingeräumt, im Interesse der ungestörten Produktion Vereinbarungen über den Urlaubsantritt zu treffen, eventuell dem Staatsantr über die soziale Verwaltung Vorschläge über Ausnahmen von den Vorschriften des Ge-

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Buchdrucker im Gemeindefest. In Neufuß a. d. D. wurde Kollege Wlmer zum Stadtrat und Kollege Schutze in Nuster zum Amtsvorsteher im Amtsbezirk

lehes, insbesondere hinsichtlich der Teilung des Urlaubs oder der Veranlagung zu Erleichterungen, zu erteilen. Einige gewollte Lücken im Gesetz wurden von den zuständigen Arbeitern und Unternehmerorganisationen im Vorabverhandlungsergebnis erledigt. So wurde vor allem vereinbart, daß die Mehrzahl in die ununterbrochene Dienstzeit einzurechnen ist, wenn sie in jenem Betrieb erfolgte, in dem der Arbeiter zu jener Zeit beschäftigt ist, da er den Urlaub antritt. Von größter Wichtigkeit für die beimkehrenden Kriegsteilnehmer ist die Vereinbarung, wonach die Zeit vor der militärischen Dienstleistung und die Zeit vom Wiedereintritt in den Betrieb nach der militärischen Dienstleistung bei der Berechnung des Urlaubsanspruchs zusammenzurechnen sind, falls der Heimkehrende wieder in jenen Betrieb eintritt, in dem er vor der militärischen Dienstleistung beschäftigt war. Es wäre dringend nötig, daß auch die deutsche Nationalversammlung die Frage der Arbeiterferien in gleicher Weise zur gesetzlichen Regelung bringt. Die wirtschaftliche Lage ist in Deutsch-Ostpreußen noch schlechter als in Deutschland, sie kann also nicht als Sühnerungsgrund geltend gemacht werden.

Reichswehr und gewerkschaftliche Bestrebungen. In einer Versammlung des Wirtschaftsverbandes der deutschen Berufsstände, der über 8000 Mitglieder zählen soll, hielt der Reichswehrminister Noke eine Rede. In der er besonders stark betonte, daß die neue Reichswehr keine Gewerkschaft werden dürfe. Die Truppe müsse unpolitisch sein. Jeder, der in die kleine Armee von 100000 Mann eintritt, werde so gut gebildet und lauter gehalten werden müssen, wie es nie der Fall war. In den Kasernen sollen Vele- und Billardtische eingerichtet werden, für Verpflegung und alles, was zu einem erträglichen Leben gehört, soll in ausreichender Weise gesorgt werden. Uns scheint, daß der Reichswehrminister die gewerkschaftlichen Aufgaben doch etwas zu sehr von rein materiellen Standpunkt aus beurteilt, wenn er annimmt, durch Verleibung der wirtschaftlichen Forderungen jede gewerkschaftliche Organisation der Reichswehr überflüssig machen zu können. Wir sind demgegenüber der Meinung, daß die zukünftige Reichswehr eine Muttergewerkschaft sein sollte, in der Leistung und Begünstigung in vorbildlicher Weise als Recht und Pflicht einander die Waage halten müssen. Das dürfte nicht nur politisch klug sein, sondern eine soziale Notwendigkeit im Geiste der neuen Zeit.

Zur Beachtung für Auswanderungslustige. Auf Mitteilung des „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wurden zur zuverlässigen Information deutscher Aus- und Einwanderer öffentliche Auskunftsstellen eröffnet in Braun-

schweig, Hugenmarkt 13, Magdeburg, Kallersstraße 48, und in Hildesheim, Vorderer Brühl 16. Vor der sogenannten Interessengemeinschaft deutscher Auswanderer und der Siedlungsgenossenschaft Nova Bwleria in Nürnberg, Leiter: Lehrer S. Wirth in Nürnberg, wird gewarnt. Die von diesem Unternehmen verbreiteten Angaben usw. entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. Wälte nach der Ukraine haben gar keinen Wert, können ihre Inhaber in den jugo-slavischen Ländern, die der Reisende nach der Ukraine passieren muß, sogar in direkte Gefahr bringen, da diese Länder eine „Ukraine“ nicht anerkennen. Reisende nach Mexiko erhalten keine Reisepaßvisas durch Nordamerika. Die Lebenskosten in Nordamerika haben sich nach amtlichen Nachrichten seit Dezember 1914 um 73 Proz. erhöht. Die Zahl der Auswanderer aus den Vereinigten Staaten soll in den letzten Monaten auf 30000 pro Monat gestiegen sein. Nach einer Statistik des Arbeitsministeriums in Argentinien betragen die monatlichen Mindestausgaben für die Unterhaltung einer vierköpfigen Arbeiterfamilie etwa 129 Pesos pro Monat, der Peso zu 1,75 Mk. gerechnet. Dabei kommt in Betracht, daß Argentinien kein Industrie-, sondern ein ausgeprochenes Agrarland ist, Industriearbeitern also keine günstigen Aussichten bietet. Das Repräsentantenhaus in Melbourne (Australien) hat ein Gesetz angenommen, durch das den Angehörigen „feindlicher“ Länder die Einwanderung für die nächsten fünf Jahre verboten ist. Der japanische Kommandant der früher deutschen Südeisenbahn hat „feindliche Unterthanen“ ausgewiesen. Auf eine Umfrage im englischen Unterhause erklärte nach „Manchester Guardian“ der Minister, daß Deutsche, die englischen Boden zu Handelszwecken betreten und dort „als Feinde erkannt werden, die sich während des Krieges Greueln gegen unsere Soldaten haben zuzulassen kommen lassen“, dem Ministerium angezeigt werden sollen. Damit ist gefälligen Denunziationen für und für geöffnet. Wie die „Times“ melden, sollen die vier amerikanischen Staaten Mexiko, Brasilien, Uruguay und Paraguan Maßnahmen zur Erschwerung der Einwanderung vorbereiten.

Briefkasten
A. in M.: Artikel durchaus zeitgemäß. Aus bestimmten Gründen aber wollen wir noch einen gewissen Zeitpunkt zur Veröffentlichung abwarten. Wollen Sie nicht Ort angeben? Würde doch besser! — S. B. in S.: Kommt gelegentlich mit daran. — P. S. in Oesterde: Die Leser des „Norr.“ würden uns auslachen, wenn wir ihnen solche Minderheiten unterbreiten würden. Zu einem gewissenhellen Berichterstatter gehört noch etwas ganz anderes als nur der gute Wille, den unschen Geisteskreis zu verdienen. Von den Aufgaben eines Gewerkschaftsorgans scheinen Sie gar keine Ahnung zu haben. — W. M. in Orelz: Bericht aus voriger Nummer enthalten. — M. G. in S.: 3 Mh.

Berichtigung: In dem Mannheimer Bericht (Nr. 121) ist die mit den Hauptzahlen laufende gehommene Berichtigung nicht mit 4, 5 und 6 Mk., sondern mit 4, 6 und 8 Mk. zu lesen.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepark 5 II.
Sprechstunde: Amt Aurfürst, Nr. 1191.

Kasse a. d. S. Die Kollegen Mar Michel aus Halle a. d. S. (Hauptbuchnummer 110944) und Ernst Schweiher aus Zerbst (110931) werden um Angabe ihrer Adresse an den Gauverwalter Chr. Döls, Kleine Silaustraße 7 I, gebeten. Die Vertrauensmänner wollen die Kollegen darauf aufmerksam machen.

Adressenveränderungen
Kassens. (Bezirk) Kassierer: Richard Urban, Almalienstraße 10 III.
Kassens. a. d. S. S. S. Vorhändler: Frau Margherit, Ruppiner Straße 6; Kassierer: Otto Finke, Waldemarstraße 12.

Zur Ausnahme gemeldet
(Einwenderinnen innerhalb 14 Tagen an die bezugliche Presse):
Im Gau Schleswig-Kollektive die Erbacher Frh. Nielsen, geb. in Flensburg 1898, ausgeh. dal. 1917; 3. August Alfred Nielsen, geb. in Würzburg i. m. S. O. (Geb. 1897, ausgeh. in Nürnberg 1915; 3. der Ercher Johann Manzbard, geb. in Pommern 1896, ausgeh. dal. 1916; waren noch nicht Mitglieder. — Martin Prüter in Aitel, Schauenburgerstraße 34 p.

Versammlungskalender
Düsseldorf. Maschinenlehreversammlung Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 10^{1/2} Uhr, im „Markthaler Hof“.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:
Arbeit: Die Einigkeit der Arbeiterschaft. — An die Kollegen des Gaus Bayern!
Aus dem Organisations- und Berufsleben im graphischen Gewerbe: Die Lage der Faktoren und die Vertragsgemeinschaft. Das Buchgewerbe im Auslande: Osterreich, — Schweiz, — Schweden, — Norwegen, — Holland, — Großbritannien. — Vereinigte Staaten von Nordamerika.
Volkswirtschaft: Das privatrechtliche Unternehmerproblem.
Korrespondenzen: Altenburg. — Düsseldorf. — Freiburg i. Br. — Mainz.
Buchdruck: Buchdruck im Gemeindefeld. — Zur Beschäftigung der Arbeiter. — Arbeiterkontrolle bei der Gewerbetätigkeit. — Ein Arbeitererziehungs in Deutsch-Ostpreußen. — Reichswehr und gewerkschaftliche Bestrebungen. — Zur Beachtung für Auswanderungslustige.

Des Informationszweckes wegen muß Nr. 127 schon am 23. Oktober fertiggestellt werden. Alle für jene Nummer bestimmten Inserate usw. müssen bis Mittwoch früh hier eingehen.

Die Zeitschrift des Stenografenverbandes Stolze-Schrey schrieb: „Ein Vorzug des Systems Scheithauer muß unumwunden anerkannt werden: die leichte Erlernbarkeit. Die ungewöhnliche Genauigkeit auf der Hand liegende Einfachheit des Systems Scheithauer.“ — Ferdinand Schrey (Gründer von Stolze-Schrey) urteilt („Neuwacht“ 2/19): „Wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß es nicht so sehr leicht ist, unser System Stolze-Schrey richtig zu schreiben. Ich erhalte täglich viele Tutzende von Zuschriften in unserem System, zum großen Teil von Gelehrten, ichlernt sind wenige darunter!“ — Vom System Scheithauer sagt Herr Schrey („Neuwacht“ 1/19), daß es — „doch nicht nur als Durchschneit, sondern auch als Höchstleistung mindestens das gleiche leistet wie das System Gabelsberger!“ Darum verlangt Ferdinand Schrey ausdrücklich, daß die Stenografie Stolze-Schrey vereinfacht werde, damit sie künftig so einfach sei wie jetzt das System Scheithauer ist. — Selbstlehrbuch der Stenografie Scheithauer 2 Mk. Die Stenografie Scheithauer besteht aus 42 Zeichen, mit denen ausnahmslos jeder gesprochenen Laut der Sprache geschrieben wird, 4mal schneller als in Gemeinschrift, wie auf der Schreilmaschine: mit 2 oder 3 Umsertigungen.

Karl Scheithauers Verlag, Postfach 52 072, Leipzig-Lindenau.

Schriftgießer für Alt- und neue Maschinen
Amberg & Besson, Neubabelsberg.

Tüchtiger Maschinenmeister
besonders im Verdrück aller Art absolut firm, mit mehrjähriger Praxis an sämtl. Maschinen, geruht. Der Wohnungsverhältnisse wegen wollen sich nur unverbürgete werden melden.
F. C. Haag, Messe 1. Hann.

Oberkorrektor gesucht
Es werden hohe Anforderungen gestellt, jedoch ist die Stellung bei zufriedenstellenden Leistungen rund und gut honoriert. Gefl. Offerten unter Nr. 755 an die Geschäftsstelle d. B. erlösen.

Tüchtiger Nachkorrektor
in angenehmer und dauernder Position auf sofort gesucht.
Bremer Zeitungsverlag, G. m. b. H., („Bremser Zeitung“), Bremen.

Linotypesetzer
als Alleiniger sofort oder zum 3. November gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsforderungen an 751 „Wilmarscher Post“, Westeburen 1. S.

Tüchtige Schriftgießer
Sucht per sofort
Schriftgießer C. Albers, Leipzig, Brudersstr. 57.

Tüchtiger Setzer
für Zeitung, Inserate und gewöhnliche Arbeiten in der sofort dauernden Stellung. Gefl. Angebote an P. Kriebel, Altmendeck, Lindenburgerstraße 74.

Linotypesetzer (Modell C)
mit langjähriger Praxis, in allen Sacharten bewandert, wünscht sich Anfang November, eventuell später, in Leipzig zu verändern. Zur Zeit in ungehinderter Stellung. Werte Offerten mit Wohnangaben unter A. E. 763 an die Geschäftsstelle d. B. erlösen.

Maschinenband
Freiequalität, liefern
Wegner & Wolf, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Tüchtiger Maschinenmeister
38 Jahre alt, selbständig, mit reicher Erfahrung der gesamten Druckerei (sowie Maschinenreparatur, mit Beherrschung, auch selbständiger oder leitender Vollen in militärer Druckerel. Gefl. Angebote unter Nr. 764 an die Geschäftsstelle d. B. erlösen.

Tüchtiger Maschinenmeister
im 23. Lebensjahre, bewandert in allen vorerwähnten Arbeiten an Schnell- und Siegeldruckpressen, auch bis 1. Dezember, eventuell früher, Dauerstellung.
Roman Glas, Almburg a. d. Bahn, Austraße 2, Nr. 4.

„Wie errichtet und leitet man einen Verein?“
Nach dem neuen deutschen Vereinsgesetz für den praktischen Gebrauch bearbeitet von Hermann Rangner. Mit Mustern, Formularen und dem neuen Vereinsgesetz im Wortlaut. 1,50 Mk. Zu beziehen durch den Graph. Verlag S. Siegl, München 9, Kolonnenstr. 1.

„Neuzeitliche Ausnützung der Buchdruckpresse“
Ein Vorkurs zur Umformung der bisherigen Zirkel- und Produktionsweise im Buchdruckgewerbe. Von M. Rauch. Preis geb. 2,60 Mk., geb. 3,50 Mk. Früher erschienen und grundlegend für obiges Buch: 1632

„Wie soll ich zurichten?“
Ein Leitfaden zur Aufhebung der Zurichtung in allen Druckarten auf Schnellpressen u. Siegel. 112 S., 22 Abb., 20 Taf. a. Kunstdruck, geb. postfr. 2,30 Mk.; ferner

„Der Buchdrucker am U. B.“
Ein Ratgeber zur Einweisung des Universitäts-Bogenzuckers auf alle Papierarten: 93 S., 55 Abb., geb. 1,70 Mk., postfr. frei. Vorkurs: 2,30 Mk., v. Berl. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstraße 20.

Zeugnis-Abdrücke
1 Seite (bis 40 Zeilen a 70 Buchstaben) 10mal 30 Mk. (Nachnahme 4,85 Mk.) liefert postwendend. 1687 Schreibstube Neuhaus, Querfurt.

Maschinenband
Freiequalität, liefern
Wegner & Wolf, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Neuerkündigene Preisliste
erfordert gratis und franko 1679 M. Volgt, Fachzeitschrift graph. Verlags, Leipzig-Silberberg, Papiermühlstraße 5.

Liederlaf „Gutenberg“
von 1877, Hamburg-Altona.
Sonntag, 30. November, nachmittags 4 Uhr:
Generalversammlung
im Vereinslokal „Alt-Seibenberg“, Große Gärtnerstraße 5-7.
§ 12. Anträge sind drei Wochen vorher schriftlich einzureichen.
Der Vorstand.

Am 18. Oktober verstarb unser lieber Kollege, der Setzer (Wingestellter der Druckerinnen) **Paul Köhler** aus Rabenau, im 46. Lebensjahre. Der Verstorbenen war viele Jahre als Mitglied unserer Verbindung in herdertragender Weise tätig. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 21. Oktober verstarb nach kurzen Krankenlager unser lieber Kollege **Emil Kniech** im 56. Lebensjahre. Sein Andenken werden stets in Ehren halten
Die Kollegen der „Leipziger Zeitung“.

Am 16. Oktober verstarb schnell und unerwartet unser lieber Kollege, der Druckerinvalide 1758 **Theodor Lange** im Alter von 69 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Kollegen der Firma Jul. Altkhard, Leipzig.

Nach langer Zeit des Vermissten wurde uns jetzt die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege, der Setzer 1756 **Robert Groda** M. G. Unteroffizier 2. Kl. ein Opfer des Weltkrieges geworden ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Kollegen der Firma D. Opitz, Ranslau.

Am Sonnabend, dem 18. Oktober, verstarb unser lieber Kollege, der Invalide und frühere Buchdruckereibesitzer 1749 **Gustav Kriebel** im Alter von 57 Jahren. Sein Andenken wird von uns stets in Ehren gehalten werden.
Bezirksverein Silberberg, Sch.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingehummern 5 Pfennig das Exemplar, jedoch mit älterem Erscheinungsbild bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 124 — Leipzig, den 25. Oktober 1919

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Volkswirtschaft

Das privatkapitalistische Unternehmerproblem

Unsre Betrachtungen über „Freiheit“ oder „Zwang“ in Nr. 67 haben schon einige Schlaglichter auf den Begriff „Unternehmergeist“ geworfen, von dessen Freiheit oder möglichst ungehinderter Entfaltung auch sehr wieder besonders von den Gegnern einer praktischen und nicht nur theoretischen Sozialisierung für eine Geländung der deutschen Volkswirtschaft die richtigen Bilder vorzueinander werden. In einer Umwandlung der bisherigen Wirtschaft in eine auf den tatsächlichen Güterbedarf der gesamten Gemeinwirtschaft erhaltende Wirtschaft, die Erbschaft jeder Unternehmung, muß und soll die völlige Bankrott aller menschlichen Gütererzeugung. Das aber gerade die bisherige „benutzte“ Wirtschaftsordnung mit ihrer Freiheit und Überhebung des Unternehmertums zu einem noch nie dagewesenen Bankrott produktiver Gütererzeugung in kürzester Zeit geführt hat, sehen diese sozialistischen Wirtschaftswissenschaftler nicht ein. Sie feilschen und jammern über den Krümmerkasten der deutschen Volkswirtschaft wie die biblischen Söhne Israhel am Bach Sidsron; aber einzusehen, daß ein solcher Bankrott den Unternehmungsgeist als Führer der bisherigen Wirtschaftsordnung als wirtschaftspolitischen Anknüpfungspunkt hat dazu selbst ihnen jede Selbsterkenntnis. Eine solche erbliche Selbstschätzung geht von vornherein über den Horizont des Unternehmertums.

Se näher die Möglichkeit rückt, daß die kommende Wirtschaftsordnung auf wesentlich andere Grundlagen gestellt wird, und zwar nach den Grundrissen einer konsequenten Sozialisierung, um so lauter erkant in der ganzen bürgerlichen Presse und allen nur erdenklichen Säulen privatkapitalistischer Abhängigkeit das hohe Lied vom unerlöschlichen und unüberwindlichen Unternehmertum, ohne das alle Zukunftswirtschaft zum Stillstande, Ruin, Stillstand oder gar zum Tode verurteilt sei. Das aber gerade der vor dem Kriege so typisch und treibhausartig in die Bahnen geworfene Unternehmungsgeist blühenden der Kriegskatastrophe und damit seinem Debacle zutrieb, das sieht man mit allen nur erdenklichen „wissenschaftlichen“, „ethischen“ und „nationalen“ Phrasen zu verwickeln oder zu kreieren. Die ganze bürgerliche Ideologie ist auf dieses „Nationalismus“ abgestimmt, nur nicht auf das, was der einladende gesunde Menschenverstand mit zwingender Logik in der ganzen gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des deutschen Volkes beinahe handgreiflich erkennen kann und mit klaren Schlägen auf den Wagen prallend täglich zu fühlen bekommt. Es wird daher höchste Zeit, daß wir auch dieser Frage eine noch kräftiger klingende Schelle umhängen und sie noch deutlicher als bisher in ihrer ganzen Größe und Hinterlist den mit uns leidenden Volks- und Arbeitsgenossen vor Augen führen. Bevor wir jedoch das anerkennen praktischen Beispiel aus der fast unerschöpflichen Fülle privatkapitalistischer Wirtschaftsgemeinschaften nachweisen, wollen wir noch eine zeitgemäße theoretische Bekämpfung des Begriffs und des Wesens des Unternehmertums vornehmen.

Ein Unternehmer ist seit aller Zeit ein homo profitans, der es unternimmt, mit Hilfe und auf Kosten anderer Leute aus Geld oder Geldeswert mehr Wert in Geld und Gut herauszuwickeln. Der profitliche Herr bringt aber das niemals allein fertig; er braucht dazu andre Menschen. Wäre der Herr Unternehmer allein auf der Welt, so hätte Geld für ihn gar keinen Wert; denn es wäre niemand da, der ihm für Geld etwas gäbe oder abnähme. Er hätte überhaupt kein Geld nötig, und sein Unternehmertalent müßte sich darauf beschränken, danach zu trachten, daß er selbst nicht verhungert oder sonstwie kein höchst einseitiges Leben erduldet, d. h. er müßte lauer arbeiten. Nur das Vorhandensein anderer Menschen eröffnet ihm die Möglichkeit, die Arbeit anderer Menschen zu kaufen oder zu verkaufen. Würde er aber für seine „Eigentumswerke“ nur so viel Gegenwert erhalten, als er selbst dafür hinausgibt, so hätte das „Geschäft“ für ihn gar keinen Reiz; es wäre nur ein einfacher Tausch. Er würde nicht reicher und nicht ärmer dadurch. Aber der Unternehmungsgeist beruht einzig und allein in der Fähigkeit, solche Möglichkeiten auszunutzen, die dazu führen, daß er für irgendeinen Wert einen größeren Gegenwert erhält, als den er o. s. f. r. Diesen größeren Wert erhält er aber in der Regel nicht um seiner schönen Augen willen, sondern auf Grund eines Bedürfnisses oder einer mehr oder weniger großen physischen oder geistigen Notlage des Kunden oder Verkäufers. Eine freiwillige Aufopferung größerer Werte für geringere Werte gibt es nur in freudlichen Verhältnissen. Unter normalen Verhältnissen kann z. B. Jedermann mit geistigen oder materiellen Werten Geschäfte machen. Er kann geistige Arbeitskräfte verwenden als Lehrer und Erzieher geistig Schwächerer und sich für seine geistige oder körperliche Mühe materielle Unterhaltungswege für seine eigene Lebenshaltung geben lassen. Das allerdings auch nur, wenn sich jemand findet, der seine geistige Leistungsfähigkeit braucht und in Anspruch nehmen will. Ein legitimer Reiz legt ihm von Natur aus die Pflicht auf, auf diesem

Gebiete Fleisch von seinem Fleisch oder seine nächsten Angehörigen billiger und gerechter zu behandeln als fremde Menschen. Es fehlt zwar auch nicht an Menschen, deren Unternehmungsgeist schon auf diesem Gebiete besondere Ausprägung hat. Doch spielen derartige Unternehmungen es fast jeder Unternehmung nur eine untergeordnete Rolle. Erfolgreichere sind solche soziale Armenhilfe heutejunge immer seltener geworden. Aber sie sind noch da.

Doch das nur nebenbei. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß ein Unternehmer von heute keinen größten Echarfsmut darin erbildet, möglichst viel mit materiellen Dingen zu verdienen. Denn je größer sein „Verdienst“ im Gegensatz zu seiner persönlichen Leistung ausfällt, um so genialer kraßte sein Unternehmungsgeist. Arbeit eines Unternehmers stellt wie ein Pferd und erreicht trotzdem nur einen bestimmten Verdienst oder Mehrwert, so stellt sich Unternehmungsgeist nach der üblichen Konjunktur des Unternehmers an es auf unterster Stufenleiter. Er steigt in der entsprechenden Stellung nur in entgegengekehrtem Verhältnisse zu der Höhe seines „verdienten“ Mehrwertes und der Wertfreiheit seiner eigenen geistigen oder körperlichen Leistung. Je größer der Umfang dieser geistigen oder körperlichen Gegenleistung an anderer Menschen für einen Unternehmer und je geringer das eine Maß seiner geistigen und körperlichen Ausstrahlung ist, trotzdem aber ein artiger „Verdienst“ für ihn ausfällt, um so genialer ist der Unternehmungsgeist eines solchen Herrn im Maße der privatkapitalistischen Terminologie der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften, und zwar nach „Treu und Glauben“!

Es ist nicht unsere Schuld, daß die Charakteristika des modernen Unternehmertums in Handel, Industrie und Finanzwelt so wenig freundlich und loyal klingen. Es liegt in der Vereinbarung mit der mehr sachlichen als persönlichen Wertung der menschlichen Arbeitskraft durch das „objektive“ und nicht subjektiv rechnende Unternehmertum von ebensowas und heute. Der Unternehmer sieht im Arbeiter zuerst ein Werkzeug seiner materiellen Interessen und erst durch den Zwang der Gesehgebung als Ausdruck der persönlichen Eigenheit des Arbeiters eines Menschen oder soziale Zeitgenossen. Es muß uns daher auch gestattet sein, den Unternehmer als „Verdiener“ oder Mehrwertverkäufer in erster Linie kennen zu lernen. Denn diese Gesellschaft macht ihn allein zum Unternehmer; legt er dies ab, so ist er ein Mensch schlechthin, ohne jede besondere wirtschaftliche Spezialität; es müßte denn sein, daß er seine Arbeitskraft in Reib und Glanz mit der Arbeiterklasse zu vererben suchte. Aber dann ist er eben ein Arbeiter und kein Unternehmer mehr. Und das Menschentum im Unternehmertum zeigt sich für uns in Deutschland nur in der Notwendigkeit wie auch in der Beschränktheit und Unzulänglichkeit der ganzen sozialen Gesehgebung. Die letztere ist die Grenzlinie zwischen Mensch und Unternehmertum. Sie scheidet sozialen Geist von krassem Materialismus, bildet aber trotzdem einen Platz zu „hohen Schutzwall gegen die millionenfache Ausbeutung menschlicher Kopf- und Handarbeit durch das Unternehmertum, das im Weltkriege die blühende Strömung seines Tanges um das goldene Kalb sand und nun durch die Revolution seinem Zerfall und Marasmus entgegengeht.

Das ganze Geheimnis des sogenannten Unternehmertums liegt einzig und allein in den kaufmännischen Polegen Mehrwert und Profit. Sie bestimmen Treu und Glauben in rein materialistischer Aufmachung. Je treuer ein Unternehmer diesen kaufmännischen oder spekulativen Tendenzen huldigt und je weniger er sich von sozialen Bedenken lösen läßt, je höher der Taler in seinen Kalten springt, desto fester sein Glauben an die wunderbare Wirkung seines Unternehmertums. Je flatter und einträglicher dieses Treu- und Glauben geistlich flucht, desto genievoller kommen sich die meisten dieser Herren vor. Sie sind wirtschaftliche Lichtgestalten, während Gesehgebungskosten und Preise ihrer „Waren“ nur ihre Schatten sind. Sie dunkeln diese Schatten, d. h. je ergebnisreicher die Gesehgebungskosten und die Warenpreise, desto glänzender strahlt das umerliche Unternehmertum. Das war schon vor dem Kriege so, es wurde während des Krieges nur noch toller und führte schließlich über die Revolution hinweg zu der jetzigen Salardarwirtschaft, die nur mit dem Ende des privatkapitalistischen „Unternehmertums“ ebenfalls ihr Ende finden wird. Das immer greller strahlende Licht des letzteren hat eben die Not und die Armut der menschlichen Arbeitskraft immer deutlicher beleuchtet und sie als das höchste Gut des Menschenschicks erkennen lassen, dessen Ausbeutung und Verhinderung das unbestrittene „Verbrechen“ aller Unternehmertums darstellt. Diese große Verletzung hat mehr und mehr erkennen lassen, daß in Wirklichkeit ja gar nicht die Unternehmer es waren und sind, die den unangenehmen Aufstieg der menschlichen Gütererzeugung aufstehen gebracht haben. Leuchten der Wissenschaft, Chemiker, Techniker, Ingenieure und fleißige Handarbeiter waren und sind die eigentlichen produktiven Kräfte, denen der Aufstieg der Gütererzeugung in der Hauptsache zu verdanken ist. Der Anteil des Handels, der Kaufleute, der Finanzmänner und der Unternehmer auf höherer Stufenleiter an diesem Aufstiege hat nicht weniger Schatten als Licht. Denn unzählige technische Erfindungen wurden durch sie eher

unterdrückt als gefördert, und heute noch kühlt sich ihre Preispolitik weniger auf die Seite des tatsächlichen Bedarfs als auf die Möglichkeit eines möglichst leichten und großen Verdienstes. Ihre Konjunkturpolitik kühlt sich nicht auf das Wohl des Volkes, sondern auf dessen Not. Kartell, Trust- und Ringpolitik sind Teil der Gütererzeugung und stellen meist eine schlimmere Zwangswirtschaft dar als jene der Einzelarbeit. Jeder günstigen Konjunktur steht immer eine Krise gegenüber; und die Leidtragenden sind die großen Volksmassen. In der „bewährten“ Wirtschaftsordnung kommt in der Regel nicht der Tüchtigste an die Spitze eines Unternehmens, sondern der Verleibteste, der Gewillkloseste.

Es gibt selbstverständlich auch tüchtige und wachere Menschen unter den Unternehmern; aber sie sind selten unter der Spitze der großen oder größten Werke. Eine Landvoll gereifter Monopolisten der Finanz- und Industriewelt war sich um Herrn der menschlichen Gesellschaft, distanzierte die Preise für die Waren, die Lohn- und Lebensbedingungen für die Arbeiter. Und die kleineren Unternehmer müßten ihnen nachahmen, sonst war es auch mit ihrer Herrlichkeit und „Selbständigkeit“ zu Ende. Dazu gehörte allerdings allerhand Genie, Abenteuerlust und — Rücksichtslosigkeit gegen andre Menschen. Aber gerade diese Entschaltung zeigt, wie überflüssig und kulturfeindlich der Privatkapitalist geworden ist.

Geleitpunkte solcher Zustände sind Erfindungen der neuen Zeit, die wir zur Bekämpfung unserer Darlegungen hier noch anschließen wollen. Schon seit längerer Zeit rückt sich z. B. die deutsche Schwerindustrie zum Kampfe gegen den neuen Zeitgeist, der ihre frühere Selbstherrlichkeit und uneingeschränkte Gewinnverteilung gefährdet. Dazu dient ihr eine geradezu hochverräterische Steigerung aller Preise für Rohstoffe. Viele haben so nach und nach eine fünf- bis sechsfache Steigerung der Friedenspreise erfahren, während die Arbeitslöhne in der Rohstoffindustrie höchstens um das Dreifache gestiegen sind. Dadurch wird die weiterverarbeitende Industrie mit einer Preiserhöhung ihrer Rohmaterialien belastet, die in die Milliarden geht und jede Konkurrenz mit dem Ausland einfach unmöglich macht. Seit Ausbruch der Revolution haben die Schwerindustriellen die Massenpreise um etwa 200 Mk. pro Tonne hinaufgeschraubt. Das Traurigste ist aber, daß diese Herren das Geld nach dem Ausland auch jetzt noch billiger verkaufen als im Inlande. Schon vor dem Kriege hat dieses sogenannte „Lumpingehalt“ das deutsche Ansehen im Ausland geschändet; die Herren machen es aber jetzt gerade wieder so. Die Daimler Motoren-Gesellschaft hat in der letzten Zeit den Kurswert ihrer Papiere von 130 auf 233, also fast um das Doppelte, gesteigert; und dies trotz der ebenfalls wesentlich gestiegenen Arbeitslöhne. Die Gewinne dieser Herren steigen mit den Arbeitslöhnen durch eine ganz infame Preispolitik. Allgemein wird geglaubt, die Lohnforderungen der Arbeiter seien zu hoch. Seltener gibt zu, daß eben diese Forderungen daraus ihre Berechtigung herleiten, daß das Großkapital selbst nach den reichen Gewinnen der Kriegszeit weiter mit brutaler Rücksichtslosigkeit die Politik der Höchstgewinne verfolgt. Dafür einige Beispiele aus letzter Zeit: Die Braunkohlenwerke und Brühlwerkfabriken (Eintracht A.-G., Aktienkapital 10 Millionen Mark) schlugen eine Dividende von 22 Proz. vor, allerdings weniger als in den zehn Vorjahren, wo sie meist 27 Proz., mindestens 24 Proz. getragen hatte. Auf der Generalversammlung erklärte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Pelsche, die Kohlenindustrie stehe bei den fortgeschrittenen Lohnsteigerungen vor dem Ruin! Erst heute, am Tage der Generalversammlung, habe man eine Erhöhung des Mindestlohnes um 4 Mk. täglich gefordert. Gleichwohl wird die Dividende bei 22 Proz. belassen — man verzichtet auf besondere Rücksichtungen für die angeblich „drohende Gefahr“. Die Aufsichtsratsmitglieder aber streichen jedes Aktien 34126 Mk. für ihre aufstrebende Tätigkeit ein! In der Generalversammlung von Feld & Franke A.-G. (Aktienkapital 2 Millionen Mark) war das Jammern über die schwere Zeit so groß, daß man die armen Aktionäre mit 300000 Mk. in Gralkaffen stößen mußte — also man gibt ihnen wohlgerneht nicht neue 15 Proz. Dividende, sondern schenkt ihnen das Dividendenrecht auf die neuen Aktien, das im Laufe der Zeit viel mehr einbringen kann —, man wird es, obwohl das Geschäft völlig still liegt — schon irgendwo herauswirtschaften! Auch die Spiritfabrik A. G. Krüger der Not kommender Zeiten durch die ausfallende Dividende von 25 Proz. und die Ausgabe von 300000 Mk. Gralkaffen, nachdem schon seit 1907 die Dividende nie unter 20 Proz. getragen hat. Erst vor kurzem hat das rheinisch-westfälische Kohlenhandwerk die Preise für eine Tonne Stechen um 10 Mk. erhöht, was die Bergarbeiter pro Mann und Schicht eine Lohnsteigerung von 2 Mk. erhalten haben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß trotz der gesteigerten Arbeitsleistung immer noch mehr als eine halbe Tonne pro Schicht und Mann gefordert werden.

Ganze Spalten könnten wir noch mit solchen Beispielen füllen. Und noch früher wurde das Jammern, wenn wir in dem Morale der Geschäftliche der Kriegsindustrie herumforschern wollten, aus der wir nur ein Beispiel anführen müßten, und zwar die Strick- und Webwarenindustrie. Zur das Jahr 1918 gab die Weltwirtschaft auf jeden Ge-

schäftsanteil von 5000 Mk. einen Nettogewinn von 135000 Mark, also eine Dividende von 2600 Proz. Der Menschheit ganzer Sammer packt einen an, wenn man in der privatkapitalistischen Welpennasser hineinfuehlet. Das unerfuehlliche Unternehmerrgeue zeigt sich in diesem Zusammenhang als ein unerfuelllicher Wampyr, der aus der Not und dem Glende des deutschen Volkes neue und hoehere Gewinne herauspreht. Wo sind denn die vier- und funflichen oder gar zehn- und zwanzigfachen Lohnsteigerungen, die die unverschaeumten Preisverboehungen aller Bedarfsartikel des laeglichen Lebens reueffertigen? Und wo ist das Unternehmerrgeue, das dem einfachen Menschenverstand mit Recht begruefflich machen koennte, das seine Erztzeng und seine geistige Kraft durch diese heillosen Zustaeude gereueffertigt und bewiesen fuell? Im Gegenteil, der deutsche Arbeiter kann mit Zug und Recht von einem Unternehmerrwahlmann sprechen. Aber noch nicht genug damit. Die Auslandsucht der deutschen Kapitalisten in letzter Zeit, die massenhafte Verlegung von Filialen deutscher Unternehmerrungen in das angrenzende und weitere Ausland, die direkte Verlegung von deutschen Aultraegen an die auslaendliche Industrie, und auerdem noch die finanzielle Verboehrerung auslaendischer und inlaendlicher Kapitalisten zur Ausbeutung der Not des deutschen Volkes in der Gegenwart usw. sind trennende Schandmale deutscher Unternehmerrwahl. Was fragen diese Herren nach Vaterland und Volk, die durch ihre Gewinnliege in Verbindung mit seligem Herrendienste erst in das Blutbad des Weltkrieges gestuert wurden. Mag das Vaterland zugrunde gehen, das rechte Unternehmerrgeue fragt einen Pfifferring danach. Sein Vaterland ist diesseits wie jenseits der Grenzen nur sein Geldbeutel. Wer diesen unter die Lupe nehmen und pruefen will, ob sein Inhalt auch mit den Leistungen seines Inhabers gegenueber jenen der uebrigen Volksgenossen im Einklange steht, der begeht ein hochverraeterliches Verbrechen gegen den privatkapitalistischen Unternehmerrgeue, das ihn sicher auf Rad bringen koennte, wenn wir noch im Mittelalter leben wuerden. Das unerfuehlliche Unternehmerrgeue verdraet keine solche Pruefung. Geschaeftsgeheimnisse, Konkurrenzschutz und Privatkontos sind seine Schiele, hinter denen es seine ganze Mittelwelt zu faeuhsen sucht. Werden ihm diese Schiele heruntergerissen, so wuerde die Welt der ehrlichen und wirklich produktiven Arbeit nicht armer, wohl aber mindestens um ebensoviel reicher als ihr bis dahin in jedem einzelnen Fall die Mehrzahl stueppter Unternehmerrgenosse durch die Fehler der bisherigen „bewaehrlen“ Wirtschaftsordnung an unproduktiven Kosten auferlegt hat. Wirklich laegliche und arbeitsfreundliche Unternehmerrkoeupe finden auch in einer sozialisierten Wirtschaftsordnung ihren hervorragenden Platz. Daher fuehren sich vor einer durchgreifenden Sozialisierung der menschlichen Aulterzeugung auch nur solche „Unternehmerrgenosse“, denen es im laeglichen Strome der Wirtschaftsumwaeltung zu gehen droht wie dem bekannten Greise, der auf dem Dache sitzt und sich nicht zu helfen will. Von Demie keine Spur mehr und von Unternehmerrwahlkraft noch weniger, weil eben nicht nur scheinbare, sondern tatsaechliche Arbeit fuer Kopf- wie Handarbeiter die Parole der Zukunft sein wuerde und sein muell!

rungszulagen die Prinzipale erst durch Streik zu bewegen wuehlen und deren Lohnausfall eingeklagt werden muell, jedoch auch vor dem Tarifamt mit ihrer berechtigten Klage keine Gnade fanden, wurden aus Mitteln der Ortskasse, da auch die Verbandskasse die Unterstuetzung verweigerte, die doppelte statutarische Gemahregelstenerunterstuetzung bewilligt. Dem Kreisbericht erstellte Kollege Wuergens, wobei bemerkienswert ist, das sich das Zentraler Unterharrtel als selbstlaendiges Komitee gebildet hat, um dem drohenden Unternehmerrtum besser die Spitze bieten zu koennen, da letzteres sich auf die englischen Boyonette stuetzt. Fuer die streikenden Kollegen des Wuppertals wurde die Zirkulation von Sammelstiften beschloffen. — Einem Antrag einer groeheren Anzahl Kollegen folgend, wurde zum 18. September eine Allgemeine Buchdrucker-versammlung einberufen, um zugunsten der streikenden Kollegen im Wuppertal eine Beitragserhoehung durchzufuehren. Obwohl am selben Tage die Einigung dorselfst zustande kam, die Ausgaben jedoch groeher waren, wurde beschloffen, einschliefllich dem Ergebnisse der Sammelstiften den Betrag von 4000 Mk. zu uebernehmen. Um die dadurch notwendigen Beitragserhoehung durchzufuehren, soll die Oktoberversammlung als auerordentliche Generalversammlung stattfinden und der Punkt Beitragserhoehung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Freiburg i. Br. Am 21. und 22. September tagte hierselfst eine vollstaendige Bezirksvorsteherkonferenz des Gaues Oberrhein unter dem Vorhies des Kollegen Lindenlaub, der eingangs in kurzen Hinweisen auf die allgemeine Lage im Verband und speziell im Gau einging. Aus dem Verlaufe der Diskussion war zu entnehmen, das im Gau die neue Zulage (Mai) mit verschwaendend kleinen Ausnahmen restlos bezahlt wird; es muellte aber auch mit Zubauern festgelegt werden, das mancherorts die Kollegen nicht das noetige Ruedigral besitzen, ihr tarifliches Recht geltend zu machen. Bezueglich der neuen Zulage wie anderer brennender Fragen einigte sich die Konferenz auf folgende Entschlieueung: „In der Frage der Steuerungsulagen steht die Bezirksvorsteherkonferenz auf dem Standpunkte, das die vom Tarifauschuss am 1. Oktober d. J. zur Einfuehrung gelangenden erhoehten Zulagen restlos ohne Kuerrung im ganzen Gau Oberrhein zur Durchfuehrung zu bringen sind. Sollten die wirtschaftlichen Verhaeltnisse durch weitere Erhoehungen der Lebensmittelpreise und sonstiger Bedarfsartikel es mit sich bringen, das die Gehilfenschaft gezwungen wird weitere Lohnerrhoehungen zu fordern, verlangt die Konferenz vom Verbandsvorstande die energische Waehrung der Interessen der Mitglieder durch zeitliche Antragstellung beim Tarifamt. In Bezug auf die Unterfuehrungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invaliditaet fordert die Konferenz den Verbandsvorstand auf, sofort eine mindestens 100prozentige Erhoehung derselben herbeizufuehren unter entsprechender Beitragserhoehung, da die jetzigen Saetze in keinem Verhaeltnisse zum notwendigen Unterhaltminimum stehen. Die Konferenz beschlieft einstimmig, bei eintretender Verkuerrung der Arbeitszeit im Falle von Arbeitsmangel, Gas-, Strom- oder Strohlemangel zu verlangen, das dort, wo sich Schmalzmaschinen befinden, auch die Maschinenfuehrer bei der Arbeitszeitverkuerrung mit in Betracht kommen. Wo verkuerrt gearbeitet wird oder Entlassungen vorkommen, erwartet die Konferenz von der Solidaritaet jedes einzelnen Kollegen Ablehnung jeder Abersetzarbeit seitens der Fund- und Maschinenfuehrer mit Ausnahme ganz unvorbegehener kleinerer Auflaegre. Bei der bevorstehenden Regelung der Sozialaufschlaege fordert die Konferenz, das die industriellen Provinz- und die Stuebdruckorte zum Ausgleich fuer die jetzige geringere Erhoehung der Steuerungsulagen mit einem entsprechenden Sozialaufschlaege beauftragt werden.“ Anstieflam empfunden wurde eine Abmachung der Prinzipale Badens auf einer Versammlung in Offenburg dabingehend, das den Lehrlingen keine Ferien zu gewaehren seien. Die Ansicht der Konferenz gibt nachstehende Entschlieueung wieder: „Die Bezirksvorsteherkonferenz des Gaues Oberrhein nimmt Kenntnis von einer Versammlung der Buchdruckerelbuehrer Badens in Offenburg welche beschloffen hat, den einstimmigen Beschluss des Tarifauschusses, den Verhrlingen im Buchdruckgewerbe noch in diesem Jahr einen achtaegigen Erholungsurlaub zu gewaehren, nicht zur Ausfuehrung zu bringen. Die Bezirksvorsteherkonferenz protestiert energisch gegen einen solchen Beschluss und verlangt, das das Tarifamt ueberall dort eingreift, wo dem Beschluss des Tarifauschusses nicht nachgekommen wird und die Prinzipale auf das tarifwidrige Verhalten hinweist. Es muell bei solchen Beschlueffen jedem Prinzipal ueberlassen werden, den Beschlueffen des Tarifauschusses nachzukommen oder nicht, und duerrten die Prinzipale nicht durch einen Beschluss ihrer Organisation gezwungen werden, die Beschlueffe des Tarifauschusses nicht zur Durchfuehrung zu bringen.“ Auch den Wuenschen der Maschinenfuehrer kam die Konferenz entgegen, indem sie die eingereichte, nachstehend folgende Entschlieueung zu der ihren machte: „Die Bezirksvorsteherkonferenz kam nach Ausprache ueber die Lage im Buchdruckgewerbe zu der Ansicht, das eine Verkuerrung der Arbeitszeit an der Schmalzmaschine unbedingt gefordert werden muell. Es ist dies um so mehr notwendig, weil an den Maschinenfuehrer immer groeherer Anforderungen gestellt werden, welchen derselbe nicht nachkommen kann. Es muell u. a. die tarifliche Festsetzung einer Stoehbuchstabenleistung und die Aulherdarbeit abgeschafft werden.“ Bezueglich der Mitgliederzahl konnte Kollege Friedrich Erueffentliches berichten, was von den Klassenverhaeltnissen leider nicht gechehen kann. Grippe und groeher Arbeitsloeglichkeit brachten die Gaukasse voellig herunter, und auch eine im Maerz d. J. beschlossene Beitragserhoehung konnte noch nicht dazu beitragen, der Kasse etwas auf die Beine zu helfen. Mit besonderer Genauigkeit wurde Kenntnis genommen von der Abhaltung der

nachsten Generalversammlung im Mal kommenden Jahres, von welcher man die Leistung gar vieler Fragen erwartet. Zuehloffen wurde in Aussicht auf das Entstehen der Generalversammlung, zu dem 1920, nach einer dem sechsaegigen Pause, einen Saettag ab zuhalten, uell em auch die Entlassungnahme zu den Generalversammlungsantraegen obliegen wuerde. Im August 1917 konnte der Gau auf sein 50jaeriges Bestehen zurueckblicken; angeuehnt der amieligen Lage glaube man von einer Feier derselben absehen zu koennen und die Konferenz entzieht sich dahin, die Feier dieses Jubilaeums in geeigneter Weise mit dem Gauzuge zu verbinden. General wurde vor dem verbanuegschaedigenden „Graphischen Wochn.“ und aufgefodert, in Mitgliederkreisen in geeigneter Weise auf dessen veruebles Bestreben hinzuwirken. Nach Erledigung ueberstehender notwendiger Punkte schloel der Vorstand die Aulbeit anzuregen und schloel verlaeuene Saetage.

Mainz. Eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung hatte die Bezirksversammlung vom 22. September zu erledigen. Dem Bezirksvorstehenden Conradt wurde durch die franzoesische Behoerde die bedingungslos wiedereruehrerlaubnis in das besetzte Gebiet erteilt. Erstmals haette Kollege Conradt unter Gelegenheit gehabt, einer Bezirksversammlung beizuwohnen. Uter eine ploetlich auftretende Wuendarmenuekung machte seine Ueberfuehrung in das staedliche Krankenhaus und eine sofortige Operation notwendig. Eruehrerweise befindet sich Kollege Conradt auf dem Wege der Besserung, und hoesentlich ist seine voellige Wiederherstellung baldigst zu erwarten. Da auch der stellvertretende Vorhiesende infolge eines Unfalls erkrankt war, leitete Kollege Mann die Verhandlungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erlebte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Paul Anhalt und Paul Globus. Der „Storr.“ wurde nunmehr wieder zur Einfuehrung nach Mainz freigegeben und in die Postzeitungsliste eingetragten, worauf besonders hingewiesen wurde. Die eingehaellige Lage im Bezirke hat sich etwas gebessert. Arbeitslos sind 8 Kollegen, aber ueber 50 Kollegen sind noch in anderen Berufen taetig. Die auerordentliche Unterfuehrung fuer ausgelueuerte und nichtbezugsberechtigte Kollegen in Hoehe von 3,50 Mk. fuer Ledige und 7 Mk. fuer Verheiratete pro Woche wurde auch fuer das vierte Quartal bewilligt. Uter die Situation im Gau im Hinblick auf den Ende Oktober in Mannheim stattfindenden 31. mittelhiesischen Gaettag gab der Vorhiesende einige orientierende Hinweise. Eine Ausprache darueber konnte nicht stattfinden, da auf Antrag aus der Versammlung drei Punkte (darunter auch: „Stellung von Antraegen zum Gaettag“) von der Tagesordnung abgesetzt wurden, um fuer die Beratung der wichtigsten Angelegenheiten mehr Zeit zu gewinnen. Uter dem Stand der Einfuehrung der Steuerungsulage am 1. Oktober berichtete Kollege Weyrich. Wie zu erwarten, beruft sich die Mainzer Prinzipalitaet auf den Beschluss des Tarifauschusses, wonach zur Rudrorte im besetzten Gebiete mit guenstigeren Lebensbedingungen uebliche Abmachungen zu laeglich sind. Bei einer Lesung der beiden Parteien sei dieses Verlangen der Prinzipale zulaeglich gefuehrt. Die Gehilfenschaft habe aber keinen Zweifel darueber gelassen, das die Voraussetzungen fuer die Anwendung des Beschlusses des Tarifauschusses fuer Mainz durchaus nicht gegeben seien. Auf Antrag der Prinzipalitaet wurde nun eine weitere Verhandlung unter Hinguziehung der leivertraulichen Kreisvertreter statt. In der laegeren, erregten Diskussion kam zum Ausdruck, das unbedingt an der tariflichen Steuerungsulage geaeglichen werden muellte. Der Zweifel der billigeren Lebenshaltung in Mainz gegenueber dem unbefeheten Deutschland sei nicht zu erbringen. Das Gegenteil sei der Fall. Von einzelnen Rednern wurde verlangt, wegen Gewaehrung einer auerordentlichen Zuehilfe an die Prinzipalitaet heranzutreten. Jedoch gab die Versammlung von der Stellung eines solchen Antrags ab. (Anzuweisen haben die Verhandlungen im Beisein der Kreisvertreter stattgefunden. Die Gehilfenschaft brachte auf Grund antiken Materials den zuehruemueten Nachweis einer bedeutenden Verueuerung der Lebenshaltung gegenueber Mai 1919. In mehrfacher Hinsicht werden in Mainz hoehere Preise als im benachbarten, unbefeheten Frankfurt notiert. Die Prinzipalitaet verneht nicht, dieses Material zu entkraefen. Nach zuehruemuetiger Auseinandersetzung machten sie folgenden Vorhies: Verheiratete Gehilfen erhalten die tarifliche Steuerungsulage von 12 Mk.; ledige Gehilfen im ersten Gehilfenjahre 3 Mk., bis zu 24 Jahren 6 Mk. und ueber 24 Jahren 9 Mk. Steuerungsulage. Die Gehilfenschaft lehnte dieses Angebot mit folgender Erklaeung ab: „Die Gehilfenschaft steht nach wie vor auf dem Boden des Tarifs. Sie kann daher nur in Beratungen ueber eine besondere Behandlung des besetzten Gebiets eintreten, wenn guenstige Lebensbedingungen nachgewiesen werden. Diesen Nachweis hat die Prinzipalitaet nicht erbracht. Aus diesem Grunde sieht sich die Gehilfenschaft auerfordernd, in eine Beratung der Prinzipalitaet einzutreten, und steht daher in der Entscheidung des Tarifamts den einzigen Ausweg.“ D. W.) — Im Anschluss an die Bezirksversammlung fand eine auerordentliche Generalversammlung der Strankengeldarbeiter statt, die sich mit einem Antrage, die Strankengeldarbeiterklasse mit der „Mainzer Typographie“ zu verlaemmen, zu befaellen hatte. Der Antrag hatte den Zweck, eine Erhoehung des uehrligen Gaetages zu bewirken und Strankengeldarbeiterunterfuehrung herbeizufuehren. Er wurde nach erschuepfter Diskussion abgelehnt. Zur Ermaecherung gelangte ein Antrag des Bezirksverbandes, den Strankengeldarbeiter fuer die ersten beiden Tage von 1,50 Mk. auf 2 Mk. und fuer die letzten beiden Tage von 1 Mk. auf 1,50 Mk. zu erhoehen, ferner die Entloehnung zu laeglichen. Um nichts zu bewerkstelligen, wurde der Antrag abgelehnt. Am 20. J. zugunsten der Strankengeldarbeiterklasse gelangt.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Offenburg. In der Bezirksversammlung am 21. September widmete der Vorhiesende dem hiesig verstorbenen Kollegen August Sechler, einem Mitbegruender des hiesigen Ortsvereins und damaligen ersten Kassierer, einen warmen Nachruf. Gehilfenvertreter Koenig (Halle) erstellte Bericht ueber die Tarifauschueffung. Besonders betont wurde, das der erzielte Erfolg ein auerueht bezeichnender zu nennen ist. In der Ausprache erkannten alle Redner die Taetigkeit der Gehilfenvertreter an, zufrieden mit dem Erreichten war jedoch niemand; von einigen wurde verlangt, das unbedingt eine Aufhebung der Steuerungsulagen und daflue eine entsprechende Festsetzung des Lohnes zu erstreben sei. Eine Entschlieueung wurde dann einstimmig angenommen, in der die Versammelten ihren Vertretern Dank abstatteten fuer die Verteidigung der Gehilfeninteressen, aber das Erreichte als sehr im Oegenglaesehend zu den gerade gegenwaertig immer mehr ansetzenden Preisen fuer Lebensmittel und Bedarfsartikel erklaeerten. Sie protestierten gegen das ablehnende Verhalten der Prinzipale und erklaeerten, das der Bezirksverein Offenburg geschlossen hinter den Forderungen der Gehilfenvertreter steht.

M. Duffeldorf. Die Monatsversammlung vom 13. September brachte einen Vortrag des Lehrers Adolf Jensen ueber: „Der Kinder Land; Bilder aus dem modernen Sprachunterricht“. Der Redner zeigte an Hand vieler Beispiele aus seiner Praxis, wie unbedingt noetig die Umgestaltung untrer heutigen Schule ist, damit das System der Einpauekung bestimmter Themas verschwinde und an dessen Stelle die Schemaerfreiheit trete, welche nur allein die Entfaltung aller Kraefte des Kindes foerdern. Seine jahrelange Betaeigung auf dieser Grundlage fuehrte er den Anwesenden (es waren anfaehlich des Vortrags auch die Frauen der Kollegen eingeladen und zum Teil erschienen) vor Augen, und der reiche Beifall am Schluess seiner Ausfuehrungen bewies, wie sehr der Redner mit den Anschauungen der Versammelten uebereinstimmte. Aufgenommen wurden drei Kollegen, einige zurueckgestellt, da sie nicht anwesend waren. Sieben Kollegen wurden fuer die Geschwoereneistellung vorgeschlagen sowie eine groeher Anzahl Kollegen bzw. deren Frauen fuer die ehrenamtliche Taetigkeit als Massenpfeleger sowie fuer andere soziale Funktionen. Denjenigen Kollegen, die im Januar zur Durchfuehrung der vom Tarifauschuss bewilligten Zeue-